Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

Nr. 151 — **Freitag, den 11. Juli 1919.** — **46. Jahrg.**

Nachträgliches zu Erzbergers Debut.

Bei der außerordentlichen Bedeutung, die der großen Rede des neuen Finanzministers Erzberger vom Dienstag zuzumessen ist, kann es wenig ins Gewicht fallen, daß die Aufnahme in der Öffentlichkeit nicht gerade warm gewesen ist. Abgesehen von gewissen persönlichen Gegensätzen, die in dieser Zeit kaum so stark hätten zum Ausdruck kommen sollen, ist es immer ein undankbares Geschäft, die Notwendigkeit neuer Steuern zu begründen. Jedermann weiß aber, wie groß die Anforderungen sind, die die Finanzlage des Reiches an das Portemonnaie des einzelnen stellen, und es geht kaum an, dafür einen einzelnen verantwortlich zu machen. Herr Erzberger hat denn auch mit unbestreitbarem Recht zu Beginn seiner Rede darauf hingewiesen, daß er mit der Einbringung der Steuervorlagen nur das Werk seiner beiden unmittelbaren Vorgänger im Amte zum vorläufigen Abschluß bringe.

Es ist gegen ihn eingewendet worden, daß er nicht in dem Maße Finanzkenner sei, wie z. B. Herr Dernburg, aber dem steht die Tatsache entgegen, daß Erzberger zweifellos seit mindestens einem Jahrzehnt in steigendem Maße bei allen Fragen der Budgetgestaltung mit in erster Linie tätig gewesen ist.

Wenn man seine Rede vom Dienstag unvoreingenommen liest, dann wird man sich auch des Eindrucks nicht erwehren können, daß hier ein Mann sprach, der die Materie tatsächlich beherrscht. Das läßt sich aber nicht allein mit Selbstsicherheit oder der Unbekümmertheit machen, die die Gegner Erzbergers ihm nachsagen. Der Ernst der Sache erfordert es unbedingt, daß man sich an den positiven Inhalt dessen hält, was der Reichsfinanzminister als seine Programm — also auch das der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien — vorgetragen hat. Und so eigenartig es klingen mag, obschon der Minister sich nicht gescheut hat, uns klaren Wein darüber einzuschenken, was uns bevorsteht, trotzdem entnimmt man aus dieser Rede eine gewisse Beruhigung. Die Zuversicht, daß wir auch trotz noch so großer Schwierigkeiten einmal wieder aus dem jetzigen finanziellen Tiefstand herauskommen werden, teilen wir ja letzten Endes alle selber, und in diesem Sinne ist es vor allem zu begrüßen, daß Erzberger den Gedanken eines S t a a t s b a n k e r o t t s energisch von sich weist. Ganz abgesehen davon, daß uns der Staatsbankrott mit unseren Feinden zweifellos in einen entscheidenden Konflikt bringen würde, waren die Besten unter uns immer überzeugt, daß er unter allen Umständen die Ausschaltung Deutschlands aus dem Wettbewerb der europäischen Völker für Generationen bedeuten würde.

Erzberger läßt es sich ferner angelegen sein, die Zeichner von K r i e g s a n l e i h e n absolut zu beruhigen, und als drittes und letztes käme sein Kampf für die g r o ß e V e r m ö g e n s a b g a b e, die er mit aller Entschiedenheit als den ersten nachhaltigen Versuch zu einer Genesung unserer Finanzlage betrachtet.

Zur Lage im Reiche.

Zum Rücktritt Wissells.

Der Reichspräsident hat das Abschiedsgesuch des Reichswirtschaftsministers Wissell angenommen.

Bleibt Wissel?

Zur sogenannten Wissell-Krise wird dem „Vorwärts“ aus Weimar geschrieben: Es ist nicht nur zu wünschen, sondern durchaus w a h r s c h e i n l i c h, daß es gelingen wird, sowohl Wissell in seinem Amt zu erhalten, als die Wissell'schen Ideen mit den Plänen einiger seiner Kollegen in Einklang zu bringen.

*

Die finanzielle Beihilfe für die Kriegsgefangenen.

Über die Verwendung der vom Reich bewilligten 150 Millionen Mark für die Kriegsgefangenen sind vom Reichsministerium unter Zuziehung von Vertretern der Kriegsgefangenen-Organisationen und des Reichsbundes für die Kriegsbeschädigten folgende Richtlinien aufgestellt worden: Das Geld soll als w i r t s c h a f t l i c h e B e i h i l f e nach sozialen und individuellen Gesichtspunkten Verwendung finden auf Grund von Entscheidungen eines Ortsausschusses, der von der örtlichen Kriegsgefangenenheimkehrstelle ernannt wird. Die Beihilfe soll im allgemeinen bis zu 300 ℳ betragen, kann aber bis auf 600 ℳ erhöht werden, wobei der die Summe von 300 ℳ übersteigende Teil zur Hälfte aus Reichsmitteln, zur anderen Hälfte von den Staats- und Kommunalbehörden getragen werden soll. Der Mindestsatz soll im Falle der Bedürftigkeit 100 ℳ betragen, wenn die Gefangenschaft nicht länger als ein Jahr gedauert hat. Bei längerer Dauer werden für jeden weiteren Monat 5 ℳ bewilligt. Bei Arbeitslosigkeit kann die Beihilfe in Raten gezahlt, darf aber nicht auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Keinen Anspruch auf Beihilfe haben Beamte, deren Gehalt während der Gefangenschaft weiter gezahlt worden ist, ferner Privatangestellte unter der gleichen Voraussetzung, oder wenn sie eine Abfindung bis zu 50 v. H. oder bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine wirtschaftliche Beihilfe von ihrem Arbeitgeber erhalten haben. Ausgeschlossen sind auch Kriegsgefangene, gegen die ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet ist, solange es nicht zu ihren Gunsten entschieden ist. Den Kriegsgefangenen steht ein Einspruchsrecht gegen die Entscheidung zu. Es sind ferner weitere 20 Millionen Mark außer den vom Reichsfinanzminister bewilligten 150 Millionen zur Verteilung an die Kriegsgefangenenheimkehrstellen angewiesen, die zur Bestreitung der Empfangskosten der Kriegsgefangenen und zur Deckung der Kosten im Durchgangslager dienen sollen.

Ein neuer Vermittelungsvorschlag im Berliner Straßenbahnerstreik.

Die Streikleitung der Straßenbahner hat, trotzdem in den letzten Versammlungen energisch für eine Weiterfortführung des Streiks Propaganda gemacht wurde, nun doch den ersten Schritt zur Anbahnung n e u e r V e r h a n d l u n g e n unternommen. Sie hat eine Abordnung in das Arbeitsministerium entsandt und dort die Einleitung von Verhandlungen zwischen beiden Parteien nachgesucht. Der Arbeitsminister hat sich bereit erklärt, nochmals mit dem Verbande der Arbeitgeber Rücksprache zu nehmen. Ferner hat sich der Vollzugsrat bereit erklärt, neue Verhandlungen zwischen beiden Parteien anzubahnen. Bestimmte Vorschläge liegen jedoch noch nicht vor. Nicht ohne Einfluß darauf dürfte der Umstand sein, daß der 10. des Monats vor der Tür steht und das Wegfallen einer Dekade sich bereits schmerzlich bei den Eisenbahnern bemerkbar macht.

Neueste Nachrichten.

Der neue Reichsarbeitsminister.

S t u t t g a r t, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Im Finanzausschuß des württembergischen Landtages wurde gestern mitgeteilt, es stehe nunmehr fest, daß der bisherige württembergische Arbeitsminister S c h l i c k e als Reichsarbeitsminister in Berlin verbleibe.

Brockdorff-Rantzau Botschafter in Wien.

W i e n, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie das Wiener Achtuhr-Abendblatt erfährt, hat Graf Brockdorff-Rantzau die ihm angebotene Stellung eines Botschafters in Wien angenommen und beabsichtigt, Ende Juli seinen neuen Posten anzutreten.

Einwohnerflucht aus München.

M ü n c h e n, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Flucht aus München hat derart zugenommen, daß die mit Umzügen überlasteten Spediteure weitere Aufträge nicht vor Jahresende übernehmen können. Es sind fast ausschleißlich Wohlhabende, die München aus Furcht vor einer Wiederkehr der kommunistischen Herrschaft sowie vor den erdrückenden Gemeindeumlagen verlassen.

England ratifiziert den Friedensvertrag.

G e n f, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie aus London gemeldet wird, wurde Lloyd George vom britischen Unterhause beauftragt, den Friedensvertrag zu ratifizieren, ohne ihn dem Parlament vorgelegt zu haben. Danach wird England die erste der alliierten Mächte sein, die den Friedensvertrag ratifiziert.

Aufhebung von Blockade und Zensur.

B e r n, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Der Lyoner „Progreß“ meldet aus Paris, der Fünferrat der Alliierten habe einen Beschluß von großer Wichtigkeit für Deutschland gefaßt durch die Bestimmung, daß die Aufhebung der Blockade automatisch auch die Aufhebung der Zensur bedeuten werde.

Drohende Streiks in England.

H a m b u r g, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Dem Hamburger Fremdenblatt wird aus London gemeldet: In England droht ein umfangreicher Eisenbahnerstreik. Die Direktion der großen Nordbahn und die einer schottischen Bahn haben bereits ein Ultimatum des Eisenbahnerverbandes erhalten. Auch in der Kohlenindustrie ist ein neuer ernster Streik zwischen der Föderation der Arbeiter und dem staatlichen Kohlenkontrolleur ausgebrochen. In der Baumwollindustrie ist unterdessen die Lage gespannter als je.

Zur Auslieferung des Kaisers.

R o t t e r d a m, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Londoner Daily News meldet über die wahrscheinliche H a l t u n g A m e r i k a s in der Frage der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers: Die bestimmte Annahme wohlunterrichteter holländischer Kreise scheint sich zu bestätigen, daß Amerika Holland unterstützen wird, falls es die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers verweigern sollte. Laut Pressebüro Radio meldet New York Herald, daß in Deutschland wieder ein neuer Nationalismus aufflamme und daß die Alliierten dadurch, daß sie auf der Auslieferung des Kaisers bestehen, nur Öl in das Feuer gießen. — Dasselbe Blatt meldet aus Paris: Die Franzosen fürchten, daß bei einer in London stattfindenden Gerichtsverhandlung gegen den deutschen Kaiser ein Einfluß der englischen Dynastie, die mit den Hohenzollern nahe verwandt sei, mildernd auf das Urteil wirken werde.

Italiens verzweifelte Finanzlage.

L u g a n o, 10. Juli. (T. K.) Aus den Kommentaren der italienischen Presse über die wirtschaftliche Lage des Landes geht hervor, daß die italienischen Finanzen vollkommen zerrüttet sind. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß eine Vermögensabgabe unter keinen Umständen zu umgehen ist. Diese Vermögensabgabe, die nach den Ideen des bekannten italienischen Volkswirtschaftlers Luzzatti durchgeführt werden soll, wird im Parlament so schnell als möglich vorgelegt werden. Die italienischen Handels- und Finanzkreise drängen auf eine schleunige Sanierung der italienischen Finanzen, da die Aussichten Italiens auf Unterstützung bei seinen Alliierten sehr gering sind. Das mangelnde Entgegenkommen seiner bisherigen Verbündeten hat seinen Grund in der Hauptsache in der Hartnäckigkeit, mit der Italien auf seinen territorialen Forderungen besteht. So haben die französischen Finanzleute als Protest gegen die italienisch-französischen Zusammenstöße in Fiume den f i n a n z i e l l e n B o y k o t t I t a l i e n s beschlossen.

Vierzig amerikanische Warendampfer für Europa.

A m s t e r d a m, 10. Juli. (T. K.) Nach einer Washingtoner Meldung liegen über 40 amerikanische Dampfer zur Abfahrt nach Europa im Hafen von New York bereit und warten einzig und allein die Aufhebung der Blockade ab. Die Dampfer sind mit den verschiedensten amerikanischen Erzeugnissen beladen, sowie bereits zu 30 Prozent bezahlt. Das Risiko für den Rest ist von mehreren amerikanischen Großbanken übernehmen werden. Verschiedene amerikanische Dampfer sind bereits Ende der letzten Woche nach Kopenhagen in See gegangen, werden aber wahrscheinlich durch Funkspruch nach Hamburg und Danzig beordert werden.

Zur Lage in Hannover.

H a n n o v e r, 9. Juli. Bei Schießereien in der vergangenen Nacht wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im ganzen f ü n f T o t e und s i e b e n V e r w u n d e t e. Der kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterschaft beantragte Aufhebung des Belagerungszustandes a b g e l e h n t. Das Erscheinen der „Roten Fahne“ und des „Völkerrechts“ ist verboten worden. Drei Kommunistenführer wurden verhaftet, deren Hauptführer Gottberg entkam. Bei nächtlichen Plünderungsversuchen wurde ein Mann in Matrosenuniform getötet.

V o r d e r E i n s t e l l u n g d e s E i s e n b a h n v e r k e h r s i n S a c h s e n.

Der Streik der Bergarbeiter im Zwickau-Lugauer Kohlenrevier hat höchst bedenkliche Folgen gezeitigt. Der Güterverkehr auf der sächsischen Staatsbahn mußte bereits eingestellt werden, mit der E i n s t e l l u n g d e s P e r s o n e n v e r k e h r s für nächsten Freitag muß leider ebenfalls gerechnet werden. Namentlich fehlt es an Lugauer Kohlen, die in der Hauptsache zum Betriebe der Lokomotiven der sächsischen Staatsbahn benützt werden.

Deutschland und die Alliierten.

R e i c h s p r ä s i d e n t E b e r t h a t d i e R a t i f i k a t i o n d e s F r i e d e n s v e r t r a g e s v o l l z o g e n.

Dem Beschluß der Nationalversammlung folgend, hat Mittwoch abend 8 Uhr laut „Vorwärts“ der Reichspräsident die Ratifikation des Friedensvertrages vollzogen. Alsbald darauf ist die entsprechende Urkunde durch Kurier nach Versailles abgesandt worden.

Mit der Ratifikation des Friedens durch Deutschland ist der Frieden noch nicht endgültig geschlossen. Erst müssen, wie der „Vorwärts“ ausführt, drei der gegnerischen Großmächte ihrerseits die Ratifikation vollzogen haben, bevor der Friedenszustand auch formell eintritt. Das mehrheitssozialistische Hauptorgan sagt noch: Dieser Frieden ist kein Frieden. Kein Mensch in Deutschland erkennt ihn innerlich an. Jederman lehnt ihn als brutale Gewalttat ab. An dem Gegner liegt es jetzt, ihn so zu verändern und so zu korrigieren, daß er in Deutschland als Frieden empfunden werden kann. Nur dann wird es zu einem Dauerfrieden kommen können.

Die Durchführung des Friedens im Osten.

Aus V e r s a i l l e s wird gemeldet: Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Freiherr v. L e r s n e r, hat dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note übermittelt:

Die Ausführung des Friedensvertrages im d e u t s c h e n O s t e n macht unmittelbar nach der Ratifikation umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbesondere würde eine unvermittelte Zurückziehung der deutschen Behörden aus den abzutretenden Gebieten unzweifelhaft große V e r w i r r u n g hervorrufen. Dies gilt vor allem für die innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Verkehrswesen. Sicherheit und Ordnung erscheinen um so schwerer gefährdet, als die nationalen Gegensätze in den in Frage kommenden Gebieten bereits jetzt zu einer starken Erregung der ganzen Bevölkerung geführt haben.

Die deutsche Regierung hält deshalb die beschleunigte Einleitung unmittelbarer V e r h a n d l u n g e n m i t d e r p o l n i s c h e n R e g i e r u n g für unerläßlich. Das Ziel dieser Verhandlungen würde sein, unter Zuziehung vor allem auch der beteiligten preußischen Ressorts eine geordnete Übergabe und Überleitung der einzelnen Verwaltungszweige sicherzustellen und die Einzelheiten über eine planmäßige Zurückziehung der preußischen Beamten festzulegen. Die Verhandlungen würden mit Rücksicht auf den Umfang der Beteiligung der preußischen Dienststellen und die notwendigen sachlichen Unterlagen am besten in Berlin stattfinden. Den polnischen Delegierten würden für diesen Fall alle erforderlichen Erleichterungen gewährt werden. Es wird um eine baldgefällige Mitteilung darüber gebeten, ob die polnische Regierung diesem Vorschlag zustimmt und bereit ist, mit größtmöglicher Beschleunigung ihre Vertreter zu benennen und den Zeitpunkt ihres Eintreffens in Berlin mitzuteilen.

Oberschlesien selbständig?

In den Verhandlungen über die Verleihung der Autonomie an einzelne preußische Provinzen ist vorübergehend eine Stockung eingetreten, aber diese Tatsache kann nichts daran ändern, daß die Entwicklung auf dem einmal betretenen Wege weiterdrängt. Jetzt sind wir bereits so weit, daß Oberschlesien nicht in einen Bundesstaat Schlesien hinein, sondern einen s e l b s t ä n d i g e n B u n d e s s t a a t O b e r s c h l e s i e n b i l d e n w i l l. Darüber ist seit Mittwoch zwischen der Reichsregierung, dem preußischen Kabinett und den oberschlesischen Abgeordneten eine Besprechung eingeleitet, deren vorläufiges Ergebnis darin besteht, daß von seiten des Reiches wie Preußens der Bundesstaat Oberschlesien wenigstens vorläufig a b g e l e h n t wurde mit der Begründung, daß es zurzeit nicht möglich sei, vor der Volksabstimmung einen solchen grundlegenden Wechsel in dem Aufbau der staatlichen Organisation Schlesiens vorzunehmen. Dagegen wurde den Oberschlesiern versprochen, daß ein besonderer Beirat geschaffen werden soll, der die Wünsche der Bevölkerung auf kulturellem und auf anderen Gebieten bei der Provinzialregierung zu verfechten und nach Möglichkeit durchzusetzen hat.

Die deutsch-polnische Verständigung.

Aus einem Warschauer Telegramm der „Times“ geht hervor, daß man polnischerseits von einer reibungslosen Übergabe des ehemaligen deutschen Landes an die polnische Regierung überzeugt ist. An maßgebender polnischer Stelle habe man das Gefühl, daß die Deutschen in den Gebieten, die abgetreten werden sollen, den ernsten Willen haben, sich loyal in die neuen Umstände zu schicken. Von polnischer Seite sei man bereit, ihnen in einem Geiste der Versöhnung und der Verständigung entgegenzukommen. Auch diejenigen Deutschen, die vor Unterzeichnung des Friedensvertrages erklärt haben, daß sie sich nie und nimmer unterwerfen wollen, haben nach der Entscheidung ihre Haltung schnell geändert und sind bereit, ehrlich auch im neuen polnischen Staate mitzuarbeiten. Allen Deutschen, die sich ruhig in die polnische Herrschaft fügen, würde weitgehender Schutz ihrer nationalen, religiösen und politischen Rechte garantiert werden. Zwischen den Volksräten der bis zum Friedensvertrag in deutschen Händen befindlichen Gebiete Posens und Westpreußens haben bereits in Posen und Warschau Verhandlungen stattgefunden, in denen beschlossen wurde, daß sie die Gebiete im Auftrage der polnischen Regierung verwalten.

*

Der Prozeß gegen den deutschen Kaiser.

H o l l a n d g e g e n d i e A u s l i e f e r u n g.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet: Gegen den Plan, den Kaiser vor ein Gericht in London zu stellen, macht sich ein s c h a r f e r W i d e r s t a n d geltend. Man darf annehmen, daß Holland nicht versäumen wird, darauf hinzuweisen, wie der Schutz der kleinen Nationen durch diese Verletzung des neutralen Asylrechtes von England gehandhabt wird. Wenn die Auslieferung des Kaisers von Holland erzwungen würde, so wäre das ebenso schlimm, wie die Verletzung der Neutralität Belgiens, die man dem Kaiser vorwirft.

Der Rotterdamer Korrespondent der „Daily News“ meldet seinem Blatte, daß verschiedene Gerüchte über Amerikas wahrscheinliche Haltung in der Auslieferungsfrage die bestimmte Annahme wohlinformierter Kreise zu bestätigen scheinen, daß A m e r i k a H o l l a n d unterstützen werde, falls es die Auslieferung des Kaisers v e r w e i g e r n sollte.

Prinz Heinrich von Preußen an König Georg.

Prinz Heinrich von Preußen hat an den König Georg von England das folgende Telegramm gerichtet:

Im Namen der Gerechtigkeit bitte ich Ew. Majestät, von der Auslieferung S. M. des Kaisers Wilhelm Abstand nehmen zu wollen. Ich, der ich nach Rücksprache mit Ew. Majestät in London am 26. Juli nach Deutschland zurückkehrte und bis zum Ausbruch der Mobilmachung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190711-18/fragment/page=0001
DFG

bei unserem Kaiser weilte, bin Zeuge, wie der Kaiser und seine Ratgeber bemüht waren, mit allen nur erdenklichen Mitteln einen Krieg als Unheil für die Menschheit abzuwenden. Die aller Wahrheit zum Trotz jahrelang ausgestreuten Verleumdungen über den deutschen Kaiser zu widerlegen, bin ich bereit, und ich stelle mich Ew. Majestät zur freien Verfügung, um Ew. Majestät behilflich zu sein, die Wahrheit über die Kriegsursachen und deren Folgen an das Licht zu bringen.

Wie erinnerlich, hatte sich Prinz Heinrich am 30. Juli 1914 mit einem Telegramm an Georg V. gewandt, um durch dessen Vermittlung noch eine friedliche Lösung herbeiführen zu helfen. Er erinnerte den König in jenem Telegramm daran, daß er noch am Sonntag vorher, also am 26. Juli, mit ihm im Buckingham-Palast über die Kriegsgefahr gesprochen habe. „Wilhelm tut sein Äußerstes, um der Bitte Nikolaus' nachzukommen, für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten", hieß es. König Georg antwortete mit ähnlichen Beteuerungen, während seinerseits tatsächlich nichts geschehen ist, um den Frieden zu erhalten. Ob dieses Telegramm des Prinzen Heinrich im Buckingham-Palast großen Eindruck machen wird, muß sich erst noch zeigen. Unklar bleibt zum Schluß, ob sich Prinz Heinrich nur als Zeuge für seinen Bruder zur Verfügung stellt, oder sich an seiner Stelle überhaupt anbietet.

Für den deutschen Kronprinzen.

Der frühere Ordonnanzoffizier des deutschen Kronprinzen, Rittmeister Arnold Rechberg, hat an Clemenceau folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! Für den Fall, daß ein Verfahren gegen Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den früheren deutschen Kronprinzen eingeleitet werden sollte, erkläre ich mich in meiner Eigenschaft als ehemaliger Ordonnanzoffizier im Stabe des Kronprinzen bereit, unter Eid und auf meine Offiziersehre folgendes zu bezeugen: 1. daß der deutsche Kronprinz vor dem Kriege mit Energie politische Bemühungen unterstützt hat, deren Verwirklichung den Ausbruch eines europäischen Krieges unmöglich gemacht haben würde; 2. daß sich der Kronprinz im Herbst des Jahres 1914 dafür eingesetzt hat, Friedensverhandlungen mit Frankreich herbeizuführen; 3. daß der Kronprinz im Jahre 1917 Pläne befürwortet hat, die darauf abzielten, den allgemeinen Frieden durch Vermittelung Großbritanniens zu erreichen.

Prinz Heinrich der Niederlande über eine Auslieferung.

Der Gemahl der holländischen Königin, Prinz Heinrich der Niederlande, hat sich einem Vertreter der „Daily News" gegenüber geäußert: „Ich weiß nicht, was Lloyd George bezweckt. Deutschland hat das Versprechen unterzeichnet, den früheren Kaiser zur gerichtlichen Verfolgung auszuliefern. Wenn Deutschland seine Auslieferung verlangt, werden wir verpflichtet sein, dem Ersuchen stattzugeben.

Die „Daily News" schreiben im Anschluß daran: Die Alliierten würden also die Aufgabe haben, Deutschland zu zwingen, die Auslieferung des Kaisers von Holland zu verlangen, um die gerichtliche Verfolgung durch seine Feinde zu ermöglichen. Dies sei die gesetzliche Auffassung, und es scheine für die Alliierten viel einfacher und ehrlicher zu sein, ihre Forderungen selbst zu stellen. Wenn sie wirklich einig und aufrichtig wären, würde Holland es wahrscheinlich unmöglich finden, sich zu weigern. Wenn aber, wie es der Fall zu sein scheine, die Vereinigten Staaten und Japan dem Plane insgeheim feindlich gegenüber stünden und Italien sich im besten Falle gleichgültig verhalte, dann würde die Forderung natürlich viel an Kraft einbüßen. Wenn die Alliierten in dieser Frage wirklich kräftig auftreten wollten, würde es schwer möglich sein, gegen Holland vorzugehen, ohne sich der Beschuldigung der Tyrannei auszusetzen.

Kaiser Wilhelm noch „britischer Untertan".

Ein juristischer Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph" behauptet, der Kaiser könne, falls er es wünscht, verlangen, als britischer Untertan behandelt zu werden. Das Recht stehe ihm laut einem Gesetz der Königin Anna (etwa 1720) zu, nach dem sämtliche Nachfolger der Kurfürstin Sophie von Hannover das Recht haben, ohne weiteres und ohne vorherige Naturalisation den Status eines geborenen Briten für sich zu fordern. Dieses Gesetz, 4. und 5. Kapitel, Absatz 16, sagt ausdrücklich, daß dieses Recht auch immer geltend bleibt, wenn spätere Gesetze oder Erlasse das Gegenteil sagen sollten. Als Urenkel der Kurfürstin habe der Kaiser demzufolge Anspruch darauf, als Brite behandelt zu werden. Als solcher könne er natürlich nur vor einem britischen Richter stehen.

*

Die Entente wünscht baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Von seiten der Entente ist, wie die „Dtsch. Allg. Ztg." erfährt, durch Herrn Dutasta die Mitteilung gemacht worden, daß die Verhandlungen über die Verwaltung der Rheinlande unverzüglich beginnen sollen, und zwar in Verbindung mit der Frage des Wiederaufbaues der belgisch-französischen Kriegsgebiete. Es wurde gleichzeitig der Wunsch der Entente nach baldiger Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht.

Die Stimmung in Elsaß-Lothringen.

Bern, 10. Juli. Cachin, der mit Longuet und Frossard eine Vortragsreise durch Elsaß gemacht hat, äußerte sich über die gewonnenen Eindrücke, Frankreich habe seit dem Waffenstillstand in Elsaß-Lothringen nicht an Ansehen gewonnen. Das herrschende Gefühl in der Arbeiterklasse sei ein tiefgehendes allgemeines Mißbehagen. Selbst Peirotes und Martin, die unter der deutschen Herrschaft viel zu leiden gehabt haben, unterstützten den von den französischen sozialistischen Abgeordneten angenommenen Grundsatz der Verweigerung der Ratifizierung des Vertrages.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. Juli.

Haus und Tribünen sind stark besetzt. Am Regierungstische: Bauer, Müller, Erzberger, Noske, Bell, Schmidt, David u. a.

Die Eröffnung der Sitzung verzögert sich.

Präsident Fehrenbach eröffnet sie erst 10 Uhr 45 Min.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ratifikation des

Friedensvertrages.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß von der Deutschnationalen Volkspartei folgende Entschließung vorgelegt worden ist:

„Die gesetzgebende Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt:

1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227—230 von Lehrern des Völkerrechts von Ruf ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angedroht gewesene Strafen zu erkennen;

2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung der Frage von der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird."

Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten Müller:

Zum Friedensvertrag selbst haben sie und wir bereits Stellung genommen. Aufrechterhalten bleibt heute und immerdar unser einstimmiger Protest gegen die uns durch diesen Vertrag gewordene Vergewaltigung. (Lebh. Beifall.) Aufrechterhalten bleibt ebenso unsere

Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten.

Wir müssen ohne Vorbehalt, ohne Hinterhältigkeit in die neuen Pflichten hineingehen. Inwieweit wir die für unerfüllbar hielten, haben wir ausgeführt, als unsere Unterschrift erzwungen wurde. Aber für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir alle, unser ganzes Volk, steht heute vor dem Aufbruch zu einem vierzigjährigen Marsch durch die Wüste. Der

erste Schritt auf dem Leidenswege ist die Ratifikation.

Wir haben sie zufolge der letzten Note Clemenceaus beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Neben der Gewißheit der Aufhebung der Blockade haben wir noch die

Hoffnung auf die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Wenn das Wort Frieden nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe jetzt erfolgen. (Lebhafter Beifall.) Es sind in weitestgehendem Umfange Vorkehrungen getroffen, die Rückkehr der Kriegsgefangenen in ihre Heimat auf raschestem Wege zu ermöglichen, und es sind darüber hinaus auch alle Vorbereitungen getroffen, ihnen

mit der Rückkehr auch Arbeit, Beruf und Verdienst zu sichern.

(Lebhafter Beifall.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heilung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Völkern und dem Papst von ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken dem Roten Kreuz für die Sorgfalt und die Obhut, die unsere Kriegsgefangenen durch das Rote Kreuz erfahren haben. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen unsere Dankesschuld in Werken des Friedens abtragen. (Lebhafte Zustimmung.) Sobald der Friedensvertrag auch von drei der gegnerischen Hauptmächte unterzeichnet ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, dann haben wir ein zerstückeltes Deutschland, von dem ein Teil abgerissen ist, der unserem Volke nach Sitte und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhielt, nach freiem Willen über ihre Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, dieses Unglück zu verhindern. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern,

daß wir sie nie vergessen,

wie wir auch fest glauben, daß sie niemals unsere gemeinsame Geschichte vergessen und unser gemeinsames Leben nicht verleugnen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit all den Kräften, die uns verbleiben, in der schweren Leidenszeit so ausstatten, daß in unseren Schwestern und Brüdern, die uns entrissen werden,

das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit wachbleibt,

bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit in einem wahren Bunde der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, das heißt den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Lebh. Beifall.)

Abg. Krätzig (Soz.): **Wir stimmen der Ratifizierung zu, aus denselben Gründen, die uns veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen. Noch immer schmachten Hunderttausende Deutscher in Gefangenschaft. Mit der Ratifikation reißen wir die Schranken nieder, die diesen Opfern des Weltkrieges den Weg in die Heimat und die Familie versperren; ebenso die Schranken, die**

die große Hungerblockade

um Millionen von Volksgenossen zog. Wir erhoben Protest gegen den Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertreibt. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl Volksgenossen unter fremde Herren zwingt.

Unzerreißbar bleibt das Band mit den Deutschen in Österreich.

Protest erheben wir auch gegen die Wegnahme unserer Kolonien. Das deutsche Volk als solches wollte diesen Krieg nicht. Der Krieg war nationalen Kapitals. Und wer unser Volk als den alleinigen Urheber am Kriege hinstellt,

spricht eine wissentliche Unwahrheit

aus. (Sehr richtig!) Wir sind überzeugt, an einem Tage werde sich die Macht der internationalen klassenbewußten Arbeiterschaft stärker erweisen, als der Imperialismus. Dann wird auch das Unrecht dieses Krieges widerrufen werden. (Beifall.)

Abg. Spahn (Zentr.): Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundsätzen des die Völker verbindenden christlichen Geistes, sondern ist das Ergebnis einer uns über den Friedensschluß hinaus verfolgenden Unversöhnlichkeit. Mit tiefstem Schmerz erfüllt uns die Kränkung deutscher Ehre und Zerstörung deutscher Kultur. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrage zu. Es geschieht nicht aus freiem Willen, sondern lediglich aus dem harten Zwang der Tatsache, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren. (Beifall.)

Abg. Dr. Schücking (Dem.):

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei erklärt, daß sie dem Gesetz über den Friedensvertrag

nicht zustimmen

kann. Sie überläßt diese Zustimmung der Mehrheit des Hauses, die am 27. Juni die Regierung ermächtigt hat, diesen Frieden zu unterzeichnen. Die Fraktion ist heute wie damals von der Erwägung geleitet, daß aus der Annahme dieses Friedens

dem deutschen Volke noch schwerere Nachteile drohen

als aus der Ablehnung. (Sehr richtig! b. d. Dem.) Wenn der Friede nun, trotz des Widerspruchs unserer Fraktion, zustande kommt, so wissen wir uns einig mit dem ganzen Hause in seiner moralischen Verurteilung. Wir wollen ihn treulich erfüllen, soweit er sich erfüllen läßt. Aber unerfüllbar bleibt für uns der Verzicht auf den staatlichen Zusammenhang mit Millionen unserer Volksgenossen, die gegen ihren Willen von uns losgerissen oder am Zusammenschluß mit uns gewaltsam verhindert worden sind. (Lebh. Beifall.) Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. (Lebh. Bravo.) Wir protestieren feierlich gegen den herabwürdigenden Ausschluß Deutschlands vom Völkerbund und gegen den völligen Raub unserer Kolonien und seiner heuchlerischen Begründung (erneuter lebh. Beifall) und gegen alle die anderen Bestimmungen des Friedensvertrages, die mit den uns zugesicherten und von uns vertrauensvoll angenommenen Rechtsgrundlagen des Friedens unvereinbar sind und uns im Zustande der Wehrlosigkeit durch Erpressung aufgezwungen wurden. Wir setzen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Wiedererwachen und Erstarken des Rechtsgedankens, der eine Revision dieses Vertrages herbeiführen muß. Die Treue, die wir unseren Volksgenossen in den abgetretenen und bedrohten Gebieten im tiefsten Herzen bewahren, werden wir erhalten durch hingebende Arbeit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes, das ihnen und uns für alle Zeiten gleich teuer bleiben wird. Alle deutschen Brüder und Schwestern im Norden, im Westen und Osten, wir Deutsch-Demokraten rufen euch zu: Bleibt Deutschland treu! (Lebh. Beifall.)

Abg. Traub (Dtn.): Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Gerade deswegen aber lehnen wir die Verantwortung für diesen Vertrag ab. Der Redner beschäftigt sich sodann in großer Breite mit den Reden Lloyd Georges und Clemenceaus. Hätten wir den Friedensvertrag abgelehnt, es könnte nicht schlimmer sein. (Sehr richtig! rechts.) Der Vertrag ist unerfüllbar, das werden wir immer wiederholen.

Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung.

Sollte man es wagen, die Hände auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! (Lebhafter Beifall.) Alles hat seine Grenzen. Die Ehre ist kein leerer Wahn. Die Ehre ist alles. Die Wunde dieses Friedensschlusses wird nie vernarben; sie soll nie vernarben. (Stürmischer Beifall rechts; auch auf den Tribünen ertönt lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Fehrenbach: Es ist der Tribüne nicht gestattet, sich an Beifallskundgebungen zu beteiligen. (Ruf bei den Unabhängigen: Bestellte Arbeit!) Im Falle der Wiederholung werde ich die Tribünen räumen lassen. (Große Unruhe.)

Abg. Kahl (D. Vpt.): Die Deutsche Volkspartei erklärt in Übereinstimmung mit ihrer Haltung in den Sitzungen der Nationalversammlung von 22. und 23. Juni, daß sie ihre Zustimmung zur Ratifikation dieses Friedensvertrages nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu geben vermag.

Abg. Henke (U. S.) erklärt im Namen seiner Partei: Auf unsere Initiative ist die Regierung am 22. Juni zur Unterzeichnung des Friedens veranlaßt worden. (Gelächter im ganzen Hause.) Wir stimmen dem Antrag zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können.

Abg. Winnig (Soz.) erklärt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens: Die Bestimmungen des Versailler Friedens über den deutschen Osten entbehren in ihrer Gesamtheit der von den Verbündeten und vereinigten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlage. (Zustimmung.) Darauf gestützt legen die Abgeordneten des Ostens, zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung, in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlich Verwahrung ein gegen die Zerstückelung des deutschen Ostens. Einst wird kommen der Tag, da der Sieg des Rechts das Unrecht von Versailles wieder gutmachen wird. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Abg. Allekotte (Zentr.) legt namens der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebietsteile Verwahrung gegen das Unrecht ein, daß den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschehe.

Desgleichen der Abg. Waldstein (Dem.) im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins.

Präsident Fehrenbach: Ein echt deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen: Elsaß-Lothringen. Ich fühle mich als Präsident der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß wir innerhalb der Fraktionen zu der überraschenden Entschließung der Deutschnationalen Stellung nehmen. (Zustimmung.)

Der Präsident verfährt unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlag des Abg. Schiffer und beraumt die nächste Sitzung auf 12½ Uhr an.

Um 12 Uhr 25 Min. eröffnet Präsident Fehrenbach wieder die Sitzung.

Das Haus geht zur

zweiten Beratung des Ratifizierungsgesetzes

über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entschließung umgeändert zu einem Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf selbst, so daß dieser lautet: Der Unterzeichnung des Friedensvertrages werde zugestimmt unter einem Vorbehalt, wie er in der Entschließung ausgesprochen war.

Abg. Schiffer (Dem.): **Wir werden gegen den Antrag stimmen.** Ich bedaure, daß er überhaupt eingebracht wurde. (Sehr richtig!) In dieser Stunde wird Klarheit und Entschlossenheit mehr als je verlangt und wird zum Gebot. Der Antrag dient nur dazu, Verwirrung und Unklarheit zu schaffen. Das machen wir nicht mit.

Abg. Gröber (Zentr.): Sonderbar genug lag uns der Antrag der Deutschnationalen erst in letzter Minute vor. Unser Antrag, einen unparteiischen Gerichtshof einzusetzen, ist von der Entente abgelehnt worden. Wir können nicht mehr darauf zurückkommen. Wir brauchen kein gelehrtes Kollegium, das uns über die Rechtsfrage belehrt. Offenbar verbindet die Partei des Herrn Schultz-Bromberg mit ihrem Antrag nur parteipolitische Ziele. (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. (Stürmischer Widerspruch und Pfui-Rufe rechts. Zuruf: Demagogie!) Man sucht niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst dahinter gesteckt hat. (Unruhe rechts. Rufe: Schieber! bei den Mehrheitsparteien.) Welche Zwecke Sie (nach rechts) mit ihrem Antrag verfolgen, darüber ist niemand in diesem Hause im Zweifel. (Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Sie wollen Ihre Parteisuppe an diesem Antrag kochen.

(Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Aber wir wollen dafür sorgen, daß Ihnen dieses Manöver nicht gelingt. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. Schultz-Bromberg (Dtn.): Daß der Antrag, den wir in letzter Stunde eingebracht haben, noch nicht gedruckt vorliegt, ist nicht unsere Schuld. Das Büro ist nicht in der Lage gewesen, ihn zu drucken. Unser Antrag war der letzte Schrei nach Gerechtigkeit eines Volkes, das dem Untergang bestimmt ist. (Beifall rechts.)

Präsident Fehrenbach stellt fest, daß der Deutschnationale Antrag dem Büro erst zwischen 10 Uhr 20 und 10 Uhr 25 Min. überreicht ist. (Hört, hört!)

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Ich bedaure ganz außerordentlich, daß wir auch in dieser historischen Stunde Parteigezänk erleben müssen. Im übrigen glaube ich, die Zeit der Vorbehalte ist vorbei. Heute kann es

nur ein Ja oder ein Nein geben.

Was würden unsere Feinde in diesem Antrage sehen? Nichts weiter, als ein letztes Manöver, eine letzte Schiebung. (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Und ich glaube, die Schiebergeschäfte auch in der Politik müssen ein für allemal vorbei sein. Nur mit loyalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen. Aber mit solchen Anträgen wird sie schlecht eingeleitet.

Abg. Löbe (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Das Generalsekretariat der Deutschnationalen Partei hat ja kundgegeben, daß die Situation der niederschmetternden Friedensbedingungen agitatorisch ausgenützt werden müsse. (Hört, hört!) Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern die ganze Rede des Abg. Traub widersprach der Würde dieser Stunde.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dtn.): Unser Antrag ist schon gestern in der Fraktion beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überraschen.

Abg. Haase (U. S.): Der Abg. Traub hat deutlich gezeigt, daß Sie (nach rechts) Ihr Parteiinteresse verfolgen. Wir lehnen es ab, uns an einem Satirspiel zu beteiligen.

Abg. Dr. Heinze (D. Vpt.): Meine Fraktion bedauert diesen Antrag, der Mißstimmung hereingebracht hat. Die Mehrzahl meiner Parteifreunde lehnt ihn ab. (Beifall.)

Die Abstimmung

ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzentwurfes ohne Änderung.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach tritt das Haus sogleich in die dritte Beratung ein.

Das Wort wird nicht verlangt.

Auf Antrag des Abg. Richter-Ostpreußen (Dtn.) erfolgt namentliche Abstimmung. Daran beteiligen sich 323 Abgeordnete, von denen 208 mit Ja, 115 mit Nein stimmen.

Damit ist das Gesetz angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Schluß 1 Uhr 20 Min.

*

Am Regierungstische: Bauer, David, Erzberger, Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Min.

Die erste Beratung

der Steuervorlagen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf von Posadowsky (Dtn.) äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt der zuständige Ort für die Beratung von Steuervorlagen sei. (Lebhaftes Hört, hört!) Sie sollte sich doch ursprünglich nur mit der Verfassung beschäftigen und dann gleich Neuwahlen ausschreiben. Der neue Finanzminister hat über einen seiner Amtsvorgänger gestern sehr scharfe Worte gesprochen. Eine derartige Kritik eines Amtsvorgängers ist eine bedenkliche Neuheit. (Zustimmung rechts.) Ich will Herrn Erzberger nur wünschen, daß sein Nachfolger nicht Anlaß zu ebenso heftiger Beurteilung seiner Tätigkeit nimmt. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Das deutsche Volk hat ungeheure Lasten aufzubringen, die seine harte Lage noch verschlimmern. Der Gedanke der Steuer-Zentralisierung im Reich bedarf noch der Klärung. Außerordentlich lohnen würde sich vermutlich die völlige Neuregelung des Veranlagungswesens durch technische Vorbildung der Steuerbeamten. Hinsichtlich der Erbschaftssteuer wollen wir angesichts der Not der Zeit von unseren Grundsätzen nachlassen. Dagegen ist bei der riesigen direkten Steuerlast ein Ausbau auch der indirekten Steuern unbedingt geboten. Die große Vermögensabgabe wird das 29. Steuergesetz seit 1916 sein. Wir würden der großen Vermögensabgabe, die 80 bis 90 Milliarden ergeben soll, nicht zustimmen können, wenn sie zu einer plötzlichen Tilgung eines großen Teiles unserer Schuld dienen soll. Denn die Tilgung der Kriegsschulden können wir auf Jahrzehnte verteilen. Mit der Arbeitslosenunterstützung muß aufgeräumt werden. Vor allem fordere ich von der Regierung eine Nachkontrolle und eine Statistik der Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte. (Beifall rechts.)

Reichsminister der Finanzen Erzberger: Ich werde alle Energie anwenden, um die Finanzschwierigkeiten zu beseitigen. Dann liegt aber die Verantwortung bei der Nationalversammlung. Die Kritik an einem meiner Amtsvorgänger ist allerdings eine Neuerung. Aber früher waren die Minister die Träger derselben Krone. Aber das neue System läßt sich nicht mit den Fehlern des alten belasten. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Ich bitte nicht um ein mildes, sondern um ein gerechtes Urteil. Mein Urteil war nicht nur gerecht, sondern äußerst milde. (Widersprüche rechts.) Staatssekretär Helfferich hat sich jeder ordentlichen Steuergesetzgebung,

namentlich der Kriegsgewinnsteuer, widersetzt,

wie überhaupt jeder durchgreifenden Finanzreform während des Krieges. Wer das Gegenteil behauptet, besitzt kein finanzpolitisches Urteil. Der Gesamtbedarf des Reiches kann tatsächlich nicht durch direkte Steuern allein gedeckt werden. Der Friedensvertrag schafft ganz neue Verhältnisse in der Struktur Deutschlands. Er wird ganz anders wirken, als diejenigen glauben, die ihn uns aufgezwungen haben. Wie Napoleon nicht hindern konnte, daß Deutschland später zu einem Staate wurde, so wird aus dem jetzigen Frieden, der nicht von Dauer sein wird, einst der gewünschte deutsche Nationalstaat entstehen.

Für die Einnahmen aus der Zuwachssteuer haben wir die Verwendung nicht angegeben und sehen einem Beschlusse der Versammlung darüber entgegen. Wir können aber unter Umständen keine Bürgschaft übernehmen, daß eine Balanzierung unserer Finanzen zustande kommt. Grundsatz bleibt, daß laufende Ausgaben aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, und das andere, daß die Steuern zusammen verabschiedet werden, wenn wir gute, volkswirtschaftlich nützliche Arbeit leisten sollen. Die Steuerflucht ist nicht eine Folge der Revolution, wie Graf Posadowsky behauptet hat, es sind doch

die besitzenden Klassen, die die Revolution benutzt haben, um vor der Steuer auszukneifen.

(Beifall links.) Die besitzenden Klassen haben daher ihrer Vaterlandsliebe ein äußerst trauriges Zeugnis ausgestellt. (Anhaltender lebhafter Beifall links.) Ich bestreite, daß aus meiner Rede ein Gegensatz zum Besitz herausgeklungen haben soll. Auch ich bin der Meinung, daß alles Kapital in unserer Volkswirtschaft arbeitet. Es kommt doch aber auch darauf an, für wen es arbeitet, wer die Gewinne einstreicht. Ich wandte mich gestern gegen die Überkapitalisierung und glaube, daß mit mir Graf Posadowsky, den ich als sozialdenkenden Politiker kennen gelernt habe, der Meinung ist, daß in früheren Zeiten das ganze Kapitaleinkommen nicht scharf genug besteuert worden ist. Die Vergeudung des Heeresgutes ist nicht nur der Eigenmächtigkeit einiger Arbeiter- und Soldatenräte zuzuschreiben, sondern ist eine Folge der Pflichtversäumnis militärischer Stellen und mancher Verwaltungsorgane. (Zuruf bei den U. S.: Die Offiziere haben alles verschoben!) Das weiß ich nicht. Aber dankbar wäre ich, wenn Sie mir solche Fälle nachweisen könnten. Zum Kapitel der Sparsamkeit nur eins! Für die sozialisierten Betriebe bin ich als Finanzminister nicht in der Lage, Zuschüsse aus den Mitteln der Allgemeinheit zu geben. Wenn die Postverwaltung z. B. so teuer arbeitet, daß sie für 1918 mit einem Defizit von 500 Millionen abschließt, so muß einfach das Publikum mehr zahlen. Die Gehälter der Postbeamten sind keinesfalls zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190711-18/fragment/page=0002

hoch, im Gegenteil, gegenüber denen weiter Arbeitskreise sind sie teilweise als zu tief anzusehen. Weiteren Forderungen aber entgegenzukommen, ist undenkbar, denn das wäre eine Schraube ohne Ende. Die einzige Abhilfe liegt darin, systematisch auf eine Senkung der Preise hinzuarbeiten, und zwar nicht nur der Preise für die Lebensmittel, denn die sind im Auslande fast ebenso hoch, sondern in erster Linie für Kleider und Schuhe. Das muß und wird geschehen. Ein absolut unverschuldeter Beamtenstand ist das erste Erfordernis für eine Wiedergesundung Deutschlands. (Beifall.)

Abg. Wurm (U. S.): An den Sünden der Vergangenheit, namentlich an der leichtsinnigen Finanzwirtschaft, trägt das Zentrum die größte Schuld. Die Steuern, die es gemacht hat, waren zudem noch indirekte Abgaben, die die breiten Massen belasteten. Helfen kann uns nur eine Sozialisierung, die wirklich der Allgemeinheit zugute kommt.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. V.): Es ist viel leichter für den Finanzminister rückschauend Kritik zu üben, als das Richtige zu tun. Nicht jeder, der im Kriege etwas erarbeitet hat, ist ein Schieber. Wir verlangen die absolute Sicherheit der Kriegsanleihe.

Damit schloß die Besprechung.

Die sämtlichen Steuervorlagen werden auf Antrag Schiffer (Dem.) an drei Ausschüsse von je 28 Mitgliedern verwiesen, ebenso das zur 3. Beratung stehende Reichs-Siedelungsgesetz an den Ausschuß zurückverwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr; Verfassungsentwurf.

Schluß 8½ Uhr.

Politische Übersicht.

Wilsons Ankunft in New York.

Amsterdam, 10. Juli. (T.-K.) Reuter meldet aus New York, daß Präsident Wilson am Dienstag an Bord des „George Washington" im Hafen von New York eingetroffen ist und bei seiner Ankunft mit einundzwanzig Salutschüssen feierlich empfangen wurde. Nach seiner Landung in Hoboken hielt Präsident Wilson in der Carnegie-Halle eine kurze Ansprache an das Begrüßungskomitee und begab sich dann im Sonderzug nach Washington.

Blutige Vorfälle in Warschau.

In Warschau kam es, wie verschiedene Blätter sich berichten lassen, in den letzten Tagen infolge bolschewistischer Agitation zu blutigen Vorfällen.

Eigenmächtiges Vorgehen der Italiener in Tirol.

Aus Südtirol kommen verläßliche Nachrichten, daß die Italiener dort die Angliederung des Gebietes bis zum Brenner an Italien verkündet haben, offenbar zu dem Zwecke, die Friedenskonferenz vor die fertige Tatsache zu stellen.

Neue Zusammenstöße in Fiume.

Nach einer Meldung des Südslawischen Pressebureaus nehmen die Ereignisse in Fiume einen ernsten Charakter an. Zwischen Italienern und Franzosen kam es zu einer förmlichen Schlacht. Italienisches Militär stürmte gemeinsam mit Einwohnern von Fiume und italienischen Freiwilligen unter lebhaftem Gewehrfeuer das französische Torpedoboot „Esclave". Es wurden Handgranaten geworfen. Das französische Torpedoboot eröffnete hierauf das Feuer auf die Italiener. Diese griffen die im Hafen befindliche Basis für die Versorgung der in Ungarn stehenden französischen Armee an. Es kam zu wilden Straßenkämpfen, bei denen mit Gewehren, Revolvern und Handgranaten gekämpft wurde. Die Kolonialtruppen wurden in ein Magazin gedrängt und von den Italienern ohne Gnade niedergemetzelt. Die italienische Bevölkerung beteiligte sich am Kampfe aus den Häusern mit Revolver- und Gewehrschüssen. Bisher sind etwa 80 Tote auf französischer Seite gemeldet. Während der Nacht fuhren italienische Panzerautos auf.

Merseburg und Umgegend.

10. Juli.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Beilage.)

** **Der Wasserpreis** ist mit Rückwirkung vom 1. April d. Js. an auf 30 ₰ für das Kubikmeter erhöht worden.

** **Unsere Fleischversorgung.** Infolge nicht ordnungsmäßiger Aufbringung des für unsere Stadt erforderlichen Schlachtviehes kann die volle Frischfleischverteilung leider nicht erfolgen. Die Stadt hat daher Vorsorge getroffen, daß außer der geringen Frischfleischmenge noch Auslandsfleisch zur Verteilung gelangt und zwar für diese Woche zunächst 100 Gramm pro Kopf.

** **Hartspiritus.** Das städtische Lebensmittelamt hat einen größeren Posten Hartspiritus aus Heeresbeständen angekauft. Die Büchsen sind mit einem Kochaufsatz versehen und können gleich zu Kochzwecken verwendet werden. Der Preis der Büchsen beträgt 1 ℳ. Zum Nachfüllen wird der Hartspiritus in größeren Büchsen von 2,40 ℳ abgegeben. Die Brenndauer der kleinen Büchsen zu 1 ℳ beträgt etwa 8 Stunden. Der Hartspiritus ist jederzeit gebrauchsfertig. Seine Verwendung wird sich sicher empfehlen. Bei der augenblicklichen Gassperre und Kohlenknappheit wird der Hartspiritus wahrscheinlich von vielen Haushaltungen gern gekauft werden. Nachfragen sind an alle einschlägigen Verkaufsstellen und Lebensmittelgeschäfte zu richten, die den Hartspiritus von der städtischen Lebensmittelverteilung jederzeit anfordern können.

** **Spende für vertriebene Nordschleswiger.** Um die erste Notlage der aus Nord-Schleswig vertriebenen Deutschen zu lindern, hat der Magistrat einstimmig beschlossen, den Betrag von 500 ℳ zu bewilligen. Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht.

** **Postpakete nach Frankfurt a. M. und Durchgang durch den** Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt a. M. werden seit gestern wieder im vollen Verkehr angenommen und befördert.

** **Reichsverband der Eisenbahn-Invaliden, Witwen und Rentenempfängerinnen.** Anfang dieses Jahres hatten sich im Eisenbahndirektionsbezirk Halle die Eisenbahninvaliden, Witwen und Rentenempfängerinnen zu einem Verein zusammengeschlossen. Durch die Bemühungen des Halleschen Vereins und aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus haben sich in den großen Eisenbahndirektionen im Laufe der Monate ebenfalls gleichgerichtete Vereine gebildet, die sich am 1. Juli d. J. in einer gut besuchten Versammlung in Halle zum Reichsverband der Eisenbahn-Invaliden, Witwen und Rentenempfängerinnen zusammengeschlossen haben. Der Sitz des Verbandes bleibt vorläufig Halle. Vorsitzender ist Herr Max Berbig, und die Geschäftsstelle befindet sich in Halle, Dorotheenstraße 10.

** **Eine weitere Preiserhöhung für Schwefelsäure ist mit Wirkung** vom 1. Juli festgesetzt worden und zwar für Säure bis 78 Proz. Monohydrat von 510 auf 578 ℳ für 1000 Kilogramm Schwefelinhalt im Erzeugnis, ferner über 78 bis 92 Proz. von 1000 auf 1069 ℳ, abzüglich 125 ℳ für 1000 Kilogramm Erzeugnis in abgelieferter Beschaffenheit. Hochkonzentrierte Säure über 92 Proz. und Oleum bis 40 Proz. freies Anhydrit kosten 753 ℳ (bisher 684 ℳ). Für nichtgenannte Stärkegrade tritt ein den Erzeugungskosten angemessener Zuschlag ein. Des weiteren regelt die ergangene Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums die Zuschläge für Verpackung und Versand und enthält Bestimmungen für Wiederverkäufer.

** **Erhöhung der Zinkblechpreise.** Der Verband deutscher Zinkblechwalzenwerke erhöhte mit sofortiger Wirkung die Verkaufspreise um 30 ℳ auf 268 ℳ für den Doppelzentner.

** **14. Preuß.-Süddeutsche Klassen-Lotterie.** Die Ziehung der 1. Klasse findet planmäßig am 15. und 16. Juli d. J. statt. Die Lose sind umgehend zu erneuern.

** **Die Kapelle der Landesjäger wird Freitag abend unter Leitung** des Kapellmeisters Clare im „Casino"-Garten ein großes Konzert darbieten. Die Kapelle ist 20 Mann stark und hat ein vorzügliches Programm aufgestellt.

** **Den Verübern des schweren Einbruchsdiebstahls,** der kürzlich in dem Geschäft der Firma H. Taitza hier ausgeführt wurde und bei dem die Diebe für etwa 40 000 ℳ Waren fortschleppten, scheint man jetzt auf die Spur zu kommen. Wie uns mitgeteilt wird, wurden gestern in Weißenfels zwei Männer durch die dortige Kriminalpolizei verhaftet, welche sich durch ihre unbedachten Redensarten dringend verdächtig machten. Die Verhafteten wurden ins Gefängnis nach Naumburg gebracht, wo sich bald Näheres ergeben dürfte. Auf die Ermittelung der Einbrecher waren 3000 ℳ Belohnung ausgesetzt.

*

Aus der Stadtverwaltung.

Der Magistrat beantragt:

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ab wird die Stellung des Stadttierarztes anderweitig dahin geregelt, daß er, ohne Beamteneigenschaft zu haben, gegen Privatdienstvertrag und feste Besoldung angestellt wird, wo neben noch die Teuerungszulagen zu zahlen sind, während die Gebühren zur Stadtkasse fließen.

Als Gehalt wird das Gehalt der Beamten in besonderer Stellung (3000—5400 ℳ) festgesetzt.

Zur Begründung wird ausgeführt:

Bisher war der Stadttierarzt in der Weise angestellt, daß er zwar der Stadt gegenüber zur Vornahme der tierärztlichen Geschäfte innerhalb des Kreises der städtischen Verwaltung verpflichtet war, aber keine feste Bezahlung erhielt. Es flossen ihm vielmehr die eingehenden Gebühren aus Fleischbeschau usw. zu, wovon ein Teil ihm selbst, ein Teil einem anzustellenden zweiten Stadttierarzt zuflossen. Diese Gebühren selbst würden bei der städtischen Kasse vereinnahmt und an den Stadttierarzt wieder verausgabt.

Dieser Zustand erscheint nicht mehr zweckmäßig, weil auf diese Weise der Stadttierarzt ein schwankendes Einkommen hat und nicht unabhängig genug für die Ausübung seines Amtes gestellt ist. Auch in den angefragten 15 Städten mit ungefähr gleichliegenden Verhältnissen ist der Stadttierarzt nur in 4 Städten noch gegen Gebühren angestellt, in allen übrigen gegen festen Gehalt.

Was die Höhe des Gehaltes anlangt, so ist sie bemessen mit Rücksicht darauf, daß der Stadttierarzt dem Stadtlandmesser und dem Stadtbaumeister gleichgestellt wird und daß wir hier einen Schlachthof noch nicht haben, dessen Leitung ihm untersteht.

Die Stadtverordneten werden gebeten, dem Magistratsantrage beitreten zu wollen.

*

Die neuen Postgebühren.

Amtlich wird mitgeteilt: Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Bestelldienstes hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung und Einsammlung der Postsendungen zu erhöhen. Vom 10. Juli ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden:

Für die Eilbestellung bei Vorausbezahlung durch den Absender für jede Briefsendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung oder Wertbrief im Ortsbestellbezirk 50 ₰, im Landbestellbezirk 1 ℳ, für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 ₰, im Landbestellbezirk 1,50 ℳ, für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 ℳ.

Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 30 ₰, für jedes schwerere Paket 40 ₰, bei den übrigen Postanstalten (Postämter 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 20 ₰, für jedes schwerere Paket 30 ₰, im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2½ Kilogramm einschließlich 20 ₰, für jedes schwerere Paket 40 ₰, für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 ℳ und Wertbriefe bis 1500 ℳ für jede Sendung 10 ₰, für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 ℳ für jede Sendung 20 ₰.

Für die Einsammlung von Einschreibebriefsendungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 ₰, für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 ₰, im Landbestellbezirk bis 2½ Kilogramm einschließlich 20 ₰, und für schwerere 40 ₰ für jede Sendung.

Außerdem wird vom 1. Oktober an ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 ₰ für jede wöchentliche Abtragung eines Stückes erhoben.

*

Stimmen aus dem Leserkreise.

Die Gassperre in Merseburg.

(Eingesandt.)

Die angekündigte und inzwischen in Kraft getretene sogenannte Erleichterung in der Gasbelieferung unserer Haushaltungen geht zweifellos auf Konto der vitalsten Bedürfnisse der Tausende von Angestellten und Arbeitern des Leuna-Werkes, die ihren Wohnsitz in Merseburg haben. Die Arbeitszeit der Angestellten ist nachmittags 4 Uhr, die der Arbeiter nachmittags 5 Uhr beendet. Im Hause angelangt, wartet ihrer statt einer warmen Mahlzeit die lakonische Bemerkung der Hausfrau: „Bis 7 Uhr ist Gassperre, vor 8 Uhr abends kann ich also beim besten Willen eine warme Speise oder auch nur eine warme Tasse Kaffee nicht bereiten." Die Wirkung dieser Eröffnung auf die den ganzen Tag vom Hause Abwesenden und auf ein warmes Abendessen mehr oder weniger Angewiesenen braucht hier nicht erst erläutert zu werden; sie ist selbstverständlich! —

Schreiber dieser Zeilen ist der festen Zuversicht, daß der Hinweis auf diesen unhaltbaren Zustand an dieser Stelle genügt, um schleunigste Abhilfe in Form einer diesen Verhältnissen Rechnung tragenden Regelung der Gasbelieferung herbeizuführen. Vorgeschlagen sei, den hiesigen Haushaltungen die nötige Kochgelegenheit für die Zeit von 5—8, 10—2 Uhr mittags und 5—11 Uhr abends zu sichern. Damit wäre auch den Müttern Gelegenheit gegeben, ihren Säuglingen die Nahrung zu jeder Tageszeit in bekömmlichem Zustand verabfolgen zu können. B.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Freitag den 11. Juli.)

Ausgabe: Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen Frahnert, Vogel, Konsum-Verein (Lauchst. Straße) und Schulz.

Roßfleisch für die Ordnungs-Nummern 1701—1900 bei Hoffmann (Brühl) von nachm. 2—4 Uhr.

Krankenbrotmarken im Rathause am Markt von 8—1 Uhr.

Bezugscheine für Zwieback für Kinder bis zu 2 Jahren werden in der städtischen Milchstelle, Rathaus 1 Treppe, Zimmer 14/15 ausgegeben. Milchkarten mitbringen!

Hartspiritus. Nachfragen in den Verkaufsstellen und Lebensmittelgeschäften, die ihn dann anfordern. Büchsen mit Kochaufsatz 1 ℳ.

---

§ **Spergau**, 9. Juli. Vor der zuständigen Meisterprüfungskommission der Handwerkskammer in Halle legte der Sattler Kurt Garbe, Sohn des Sattlermeisters Alfred Garbe in Spergau, seine praktische und theoretische Meisterprüfung ab, welche er mit dem Prädikat „Sehr gut" bestand. Es ist dies hervorzuheben, da in diesem Jahre nur ein Sattler vor der Handwerkskammer in Halle, welche bekanntlich den ganzen Regierungsbezirk Merseburg umfaßt, seine Meisterprüfung ablegte. Ein schlechtes Zeichen für das Handwerk. Es wäre sehr wünschenswert, gerade jetzt in dieser ernsten Zeit sich dem Handwerk mehr zu widmen. Auch den Eltern sei es warm ans Herz gelegt, ihren Söhnen ein Handwerk lernen zu lassen. Denn gerade der Handwerkerstand hat jetzt in dieser schweren Zeit große Pflichten zu erfüllen an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Auch den Handwerksmeistern selbst sei besonders empfohlen, die Standesehre der Handwerker aufrecht zu erhalten und zu fördern, soviel in ihren Kräften steht, was aber leider bedauerlicherweise nur wenig der Fall ist.

§ **Schkeuditz**, 10. Juli. Der Besitzwechsel hat seit den Tagen der Revolution einen Umfang angenommen, wie er seit undenklicher Zeit nicht stattgefunden hat und in der kurzen Zeitspanne von acht Monaten eine Zahl erreicht, die mit einer früheren Zeitberechnung überhaupt nicht verglichen werden kann. Für verkaufte Grundstücke und Flächen wurden in unserer Stadt in 82 Fällen nicht weniger als 2 462 962,32 ℳ gezahlt. Hieran ist die Stadtgemeinde Schkeuditz mit rund 270 000 ℳ beteiligt.

m. **Schkeuditz**, 9. Juli. Gestern abend hielt der Lehrerverein Schkeuditz und Umgegend eine außerordentliche öffentliche Versammlung im Saale der „Goldenen Sonne" ab, da man der Meinung war, das Thema „Einheitsschule" wäre nicht nur für Lehrer, sondern auch für weitere Kreise interessant. Der Vorsitzende des Vereins, Rektor Müller-Schkeuditz, eröffnete die Versammlung und führte dann etwa folgendes aus: Was verstehen wir Lehrer unter Einheitsschule? Sie will die Zusammenhangslosigkeit der drei bisher bestehenden Schularten beseitigen. Sie will jedem Kinde eine Straße auf dem Lebenswege öffnen, die gewissermaßen bis ans Ende der Welt führt. Kein Kind braucht nun aber bis ans Ende zu reisen, sondern es kann auf den einzelnen Stationen die Fahrt unterbrechen. Der Gedanke der Einheitsschule ist nicht durch die Revolution geboren, sondern ist schon alt und auf vielen deutschen Lehrerversammlungen wurde diesem Gedanken lebhaft zugestimmt. Festere Form hat er jedoch erst jetzt erhalten durch die Vorschläge in der Verfassung. Im zweiten Teile seiner Ausführungen zeigte der Vortragende, wie der Aufbau der Einheitsschule gedacht ist. Ganz klar wurden die Vorschläge der einzelnen Vorkämpfer durch einige Skizzen. Man sah, die verschiedensten Vorschläge sind gemacht worden, aber bis auf die Grundschule, die schon in verschiedenen Orten eingeführt ist, bleibt bis jetzt noch alles Theorie. Nun ergriff Reallehrer Hochstraßer-Schkeuditz das Wort, um zu zeigen, wie der Ausbau der Einheitsschule in der Schweiz verwirklicht wird. Da der Redner ein geborener Schweizer ist, so konnte er über diesen Punkt natürlich genaue Auskunft geben. Seiner allgemein verständlichen Auskunft lag folgende Gliederung zugrunde: 1. Verwaltung der Schule. 2. Aufbau derselben. 3. Stellung und Ausbildung des Lehrers und 4. Einige ökonomische Angaben. Rektor Müller eröffnete nun die Besprechung, indem er mehrere Fragen aufwarf, die zur weiteren Klärung führen könnten. Leider hatte sich der Lehrerverein in seiner Annahme, die Einwohner von Schkeuditz und Umgegend hätten das Bedürfnis, etwas näheres über die jetzt viel besprochene Einheitsschule zu hören, geirrt; denn der Besuch der Versammlung war mehr als schwach. Die aufgewendete Mühe und die Geldkosten waren umsonst gewesen. Von einer fruchtbringenden Besprechung des Gehörten konnte natürlich unter diesen Umständen keine Rede sein.

g. **Aus dem Elstertale**, 9. Juli. Der Raps- und Wintergerstenschnitt hat den Erntebeginn Ende vergangener Woche in den hiesigen Feldmarken in die Wege geleitet, da die Witterungsverhältnisse der letzten Tage die Reife beschleunigt hatten. Der Rapsanbau war hier durch die Zuckerrübenkultur fast gänzlich verdrängt worden, erst der Krieg hat ihn wieder begünstigt und gefördert. Der Stand beider Fruchtarten ist in diesem Jahre im allgemeinen befriedigend. Auch die Halmfrüchte reifen heran, so daß die eigentliche Ernte nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

g. **Aus der Elster- und Luppenaue**, 9. Juli. Der Versuchsschacht der Wallendorfer Kohlenwerke, welcher im Auengebiete zwischen Raßnitz und Wegwitz ins Leben gerufen worden war, ist durch den Krieg wieder still gelegt worden. Sicherm Vernehmen nach sollen neuerdings die Arbeiten daselbst wieder aufgenommen und die Vorarbeiten für einen wasserfreien Abbau des Kohlenflözes im Auengelände in die Wege geleitet werden.

Mücheln und Umgegend.

10. Juli.

⁑ **Mücheln**, 10. Juli. Der Verkaufspreis des am 8. d. Mts. auf Bezugsabschnitt 14 der Lebensmittelkarte B zu verausgabenden ausländischen Kochmehls wird auf Grund der angeordneten Verbilligung der Auslandslebensmittel auf 1,35 ℳ für 1½ Pfd. festgesetzt. Soweit seitens der Kaufleute bereits eine Bezahlung nach dem bisher festgesetzten Preise erfolgt ist, wird der Ausgleich durch die zuständige Bezugsstelle bewirkt.

⁑ **St. Micheln**, 10. Juli. Am vergangenen Sonntag feierte der hiesige Turnverein „Freie Turnerschaft St. Micheln" sein 6. Stiftungsfest, mit Preisturnen verbunden, das vom Wetter begünstigt, den schönsten Verlauf nahm. Zu der Veranstaltung waren die Turnvereine von Mücheln, Möckerling, Lützkendorf, Crumpa, Frankleben, Ochlitz und Nieder-Eichstädt erschienen. Nachmittags 3 Uhr traten die Vereine mit den von St. Micheln gestellten Ehrendamen zum Festzug an, der sich durch den mit Girlanden und Ehrenpforten geschmückten Ort nach dem Kriegerdenkmal bewegte. Hier gedachte der Vorsitzende des Vereins, Herr Heinicke, der im Kriege 1870/71 und im Völkerringen 1914/18 gefallenen Helden und Turngenossen, sowie der noch in Gefangenschaft schmachtenden Turnbrüder. Dann bewegte sich der Zug nach dem Festplatz, wo bei Konzertmusik das Preisturnen vor sich ging, das sehr gute Leistungen zeigte. 15 Turner wurden mit Preisen aus Eichenkränzen ausgezeichnet, ebenso 15 Teilnehmer am Zöglingsturnen. Nach der Preisverteilung zogen die Vereine mit klingendem Spiel nach dem Vereinslokal (Mollnaus Gasthaus), woselbst im Saale als auch auf einem im Garten aufgebauten Saale die Turner beim Tanzkränzchen, das in allen Teilen gut verlaufene Fest in fröhlichster Stimmung beschlossen.

⁑ **Nebra**, 10. Juli. Nachdem die zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen und Grubenvorständen der hiesigen und benachbarten Kalischächte in Naumburg gepflogenen Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben, ist der Betrieb auf allen Schächten wieder aufgenommen worden. Wie verlautet, ist die Einigung auf Grundlage der 7½- bezw. 8½stündigen Schicht zustande gekommen.

Sport und Leibesübungen.

Sportfest in Weißenfels. Der Turnverein „Teutonia" in Weißenfels hat am vergangenen Sonntag einen Wettkampf abgehalten. Turner und Sportler aus den benachbarten Städten, sogar aus Leipzig und Erfurt, maßen dort ihre Kräfte. Vom Männer-Turnverein Merseburg errangen im Dreikampf den 5. Sieg. Arno Dorn mit 56 Punkten, den 7. Kurt Kunze mit 49 und Karl Körner den 8. mit 48 Punkten. Im Faustball-Wettspiel war das Glück dem festgebenden Verein recht abhold. Die 1. Mannschaft Allgemeiner Turnverein Merseburg schlug die 1. Mannschaft „Teutonia" mit 84 : 76 Bällen, und die 2. Mannschaft Männer-Turnverein Merseburg konnte 81 gegen 63 Bälle für die 2. Mannschaft „Teutonia" zählen.

Abteilungs-Sportfest der Landesjäger. Auf dem Kasernenhofe der Landesjäger (frühere Kas. J.-R. 153) herrscht jetzt reges Leben. Die Abteilung beabsichtigt nämlich, Sonntag den 13. d. Mt. ein Sportfest, bestehend aus Dreikampf (Weitsprung, Handgranatenwerfen und 100 Meter-Lauf), 100, 400, 800 Meter-Lauf, 4 × 100 Meter-Staffellauf, Diskus- und Speerwerfen sowie Hochsprung und Dreisprung, zu veranstalten. Zum Schluß soll ein Fußball-Wettspiel zweier Kompanie-Mannschaften stattfinden. Die Wettkämpfe sind nur für Abteilungs-Angehörige offen. Der Besuch dieser, von 3 Uhr an auf dem Kasernenhofe stattfindenden Veranstaltung ist den Einwohnern von Merseburg sehr gern gestattet und zu empfehlen. Förderer und Gönner können sich durch Stiftung von Preisen, an denen es noch sehr mangelt, den unauslöschlichen Dank der Landesjäger erwerben. Das Abteilungs-Geschäftszimmer (Kaserne) nimmt solche gerne und mit Dank bis Maastricht in Holland gebürtige 35 Jahre alte Diener Leonhard Peters Sonntagvormittag entgegen.

Schwimmen. Ein großes Nationales Schwimmfest hält die Merseburger Schwimmerschaft am nächsten Sonntag in der Sternbergschen Badeanstalt ab. Zahlreich sind die Meldungen aus Weißenfels, Leipzig, Zeitz, Naumburg usw. eingegangen, so daß ein guter Sport gezeigt wird. Die hiesigen Schwimmvereine haben keine Mühen und Kosten gescheut, um zum guten Gelingen dieser Veranstaltung beizutragen. Das Schwimmen besteht aus folgenden Konkurrenzen: 1. Erstschwimmen (2 Bahnen beliebig), 2. Jugendschwimmen, 3. Junior-Lagenstaffette, 4. Kürspringen, 5. Brustschwimmen, 6. Jugend-Lagenstaffette, 7. Damenschwimmen, 8. Kopfweitsprung, 9. Rückenschwimmen, 10. Damenspringen, 11. Hauptschwimmen, 12. Schwimmen für Herren über 35 Jahre, 13. Geschicklichkeitsschwimmen, 14. Seitenschwimmen, 15. Hauptspringen, 16. Handüberhandschwimmen, 17. Streckentauchen, 18. Wasserball-Entscheidungsspiel. Zu dem Wasserballspiel haben sich vier Mannschaften gemeldet, so daß vormittags 10½ Uhr Ausscheidungskämpfe stattfinden. Die Sieger spielen nachmittags um die Entscheidung. Zu begrüßen ist, daß die sportliche Vereinigung der beiden Merseburger Schwimmvereine, die erst vor wenigen Wochen beschlossen wurde und die in ihrem Vorsitzenden Herrn Kalkwerksbesitzer E. Altstädt einen regen Mitarbeiter gefunden haben, eine derartige großzügige Veranstaltung ermöglichte. Hoffentlich unterstützen die hiesigen Interessenten diese Veranstaltung durch zahlreichen Besuch und außerdem macht ihnen der Wettergott nicht noch einen Strich durch die Rechnung. Abends 7 Uhr findet im „Casino" Preisverteilung, Konzert der Stadtkapelle und Tanz statt. Von vielen Stellen wird ihnen durch die Stiftung schöner Ehrenpreise ein großes Interesse bewiesen.

Wetterwarte.

V. W. am 11. 7.: Abwechselnd heiteres und wolkiges, mäßig warmes Wetter, keine oder unbedeutende Regenfälle. — 12. 7.: Vorwiegend trockenes, zeitweise heiteres, ein wenig wärmeres Wetter, östlich von Berlin etwas Regen.

Vermischtes.

* **Eine Millionenschiebung in Holz entdeckt.** Wie die Ostpreußische Zeitung aus Suwalki erfährt, wurde dort eine Millionenschiebung entdeckt. Die Reichsverwertungsstelle für Holz in Berlin hatte in Suwalki zwei Offiziere, Gregor und Weinberg, stationiert, die ihr mehrere hundert Eisenbahnwagen Holz zuführen sollten. Die Offiziere unterlagen der Versuchung, das für Berlin bestimmte Holz durch Umtausch der Frachtbriefe an Insterburger und Königsberger Kaufleute zu verschieben. Beide Offiziere mit ihren Frauen wurden in Suwalki festgenommen.

* **Um 200 000 ℳ bestohlen** wurde ein in der Potsdamer Straße in Berlin wohnender Kommerzienrat von seinem Diener. Der aus Maastrich in Holland gebürtige 35 Jahre alte Diener Leonhard Peters stahl seinem Herrn 196 Tausendmarkscheine, 40 Fünfzigmarkscheine und für 6000 ℳ holländische Gulden und suchte mit der Beute das Weite.

* **„Sozialisierung" von Grundeigentum.** Vor das Schloß des Herrn v. Boyneburgk bei Wichmannshausen (Bez. Eisenach) zogen 60 bewaffnete Leute und verlangten Abtretung eines Stückes Landes. Als v. B. sich zur Hergabe von 50 Morgen Land willig zeigte, zogen sich die Unzufriedenen zurück und gaben aus einiger Entfernung Gewehrschüsse auf das Schloß ab. Hierdurch gezwungen, erklärte sich der Schloßbesitzer bereit, 400 Morgen zur Aufteilung herzugeben.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190711-18/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Unserer Meisterin Frau Emma Müller, Schmalestr. 4, zu ihrem 25 jährig. Jubiläum herzlichen

Glückwunsch!

Die Schneiderstube.

Preuß.-Süddeutsche Klassenlotterie.

Ziehung der 1. Klasse am 15. und 16. Juli.

Hauptgewinn 2 zu 50000 Mk. Zur Ausspielung gelangen in allen 5 Klassen rund 72 Mill. Mk. Viertel- (Mk. 10.50) und Achtellose (Mk. 5.25) noch vorrätig.

Raymond, Preuß. Lott.-Einn. Hallesche Straße 25.

Leere Margarinekübel

hat abzugeben: Ausgabestelle Burgstraße 16.

Merseburg, den 9. Juli 1919.

Das städt. Lebensmittelamt.

L A II 1977/19.

Obst-Verpachtung.

Die diesjährige Hartobstnutzung der Gemeinde Wegwitz soll am Sonntag, den 13. Juli, mittags 12 Uhr an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden. Bedingungen im Termin. Sammelplatz: Luppebrücke.

Der Gemeindevorsteher.

Obstverpachtg.

Das der Gemeinde Trebnitz gehörige Obst soll Sonnabend abends 7 Uhr im Heyerschen Gasthof meistbietend versteigert werden, wozu Pachtliebhaber einladet

Der Gemeindevorstand.

Versteigerung.

Freitag, den 11. d. M., von vormittags 9 Uhr ab versteigere ich An der Geisel Nr. 1 im Auftrage des Konkursverwalters die zur Kolbeschen Konkursmasse gehörigen Inventarienstücke als:

1 Stehpult, 2 große und 1 kleines Ladenregal, drei Ladentische, 2 Dezimalwagen mit Gewichten, vier komplette Tischwagen, elf komplette Gaspendel, 8 elektrische Pendel, 4 elektrische Zuleitungen, 1 Ventilator mit Zuleitung, 1 Reisekorb, Wurststangen, Porzellan- u. Steingut-Schüsseln, Packpapier, leere Kisten, 1500 Bouillonwürfel und anderes mehr,

öffentlich meistbietend gegen bar.

Die Sachen sind gebraucht. Besichtigung ¼ Stunde vor dem Termin.

Rubusch, Gerichtsvollzieher in Merseburg.

Eleg. Herrenzimmer

mit Schlafzimmer u. Balkonbenutzung sofort oder 15. Juli an nur einzel., besseren Herrn z. verm. Weißenf. Str. 8, I.

Kinderloses Ehepaar sucht sofort oder später **kl. Wohnung**

Off. erb. u. 118 an die Exped.

Junge Beamtenfamilie mit einem Kinde sucht bis z. 1. Aug. **eine Wohnung** in Merseburg. Off. unt. 111 an die Exped. d. Bl.

Brautpaar (Kriegsinv.) sucht für sofort oder 1. Oktober Wohnung, 2 Zimmer m. Küche Off. erb. unt. „91" a. d. Exp. d. Bl.

Wohnung

für 3 Leute (3 Zimmer u. Küche) zum 1. 10. gesucht. Offert. unter S 6095 an Huvag (Haasenstein & Vogler A.-G.) Halle a. S.

Brautpaar (Beamter) sucht sofort oder später in besserem Hause Merseburgs oder Umgeb.

3–4-Zimmer-Wohnung

Angebote unter C B 115 an die Exped. d. Bl. erbeten.

---

2 leere oder möbl. Zimmer

von Brautpaar zum 1. August od. später zu miet. gesucht. Offert. unter 113 an die Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer

mit voller oder ohne Kost von jungem Mann sofort gesucht. Off. u. G 107 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gut und sauber möbliertes Wohn- und Schlafzimmer von besserem Herrn zum 1. August gesucht. Angebote unter C F an die Exped. d. Bl.

Älterer alleinstehender Herr sucht Schlafstelle, eventl. mit eigenem Bett. Off. u. L 117 a. d. Exp.

Junges kinderl. Ehepaar sucht ab 1. 10. oder früher leeres Zimmer. Off. u. „Wohnung" an die Exped. d. Bl. zu richten.

Heute nachmittag entschlief sanft mein lieber Mann, unser treusorgender Vater

Richard Meinel

In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen:

Anna Meinel u. Kinder.

Merseburg, Blumenthalstr. 6, den 9. Juli 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag ½3 Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus statt.

Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Unser Mitglied und Freund, der Drogist

Herr Herbert Schnelle

wurde uns gestern durch den Tod entrissen. Sein Andenken lebt unter uns weiter!

Merseburg, den 10. Juli 1919.

Gesellschafts Vereinigung Merseburg.

(G.-V. M)

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 11. Juli d. Js.

bei Hoffmann, Brühl 6

nachm. von 2–3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1701–1800
„ „ 3–4 „ „ „ „ 1801–1900

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 10. Juli 1919.

L A I 655/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Erhöhung des Wasserpreises.

Auf Grund der Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom 11. Juni und 23. Juni 1919 wird der Wasserpreis mit Wirkung vom 1. April 1919 ab auf 30 Pfennig je cbm festgesetzt.

Merseburg, den 9. Juli 1919.

VIII. 252/19. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die hiesige

Bürgermeisterstelle

ist wegen Pensionierung des jetzigen Inhabers zum 1. Oktober d. Js. neu zu besetzen.

Grundgehalt, vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirksausschusses, 3000 Mark, 6 Alterszulagen a 300 Mark, Wohnungsgeld 500 Mark.

Mit obiger Stelle sind die Geschäfte eines Standesbeamten und Amtsanwaltes verbunden.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen bis 30. d. Mts. an den Unterzeichneten erbeten. Persönliche Vorstellung ist zunächst nicht erwünscht.

Mücheln, Bez. Halle a. S., den 7. Juli 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Rothkähl.

Druckarbeiten

für Behörden, Handel, Industrie, Gewerbe, Vereine und Private fertige ich in geschmackvoller Ausführung — an. Den jetzt dringend nötigen —

Reklame-Drucksachen,

auf deren wirkungsvolle Ausstattung ich Wert lege, widme ganz besondere Aufmerksamkeit und steht Preisanschlag jederzeit — — — zu Diensten. — — —

Spezialität.

Tabellen — Kopierfähige Drucksachen — Preislisten — Postkarten — Briefbogen — — — Briefumschläge usw. — —

Familien-Anzeigen

schnell, sauber und billig.

Buchdruckerei Th. Rößner,

Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Fernruf 324.

Freiwillige

für

Eisenbahntruppen

(Reichswehr)

Einstellung von Angehörigen aller Waffengattungen, sowie Ungedienter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben.

Handwerker werden bevorzugt.

Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften:

a) mobile Löhnung nach Dienstgraden,
b) eine Reichswehrzulage von z. Zt. 5,— Mark,
c) Löhnungszuschüsse, soweit sie verheiratet sind.

Zur Einstellung sind erforderlich:

1. Militärpapiere,
2. polizeiliches Führungszeugnis,
3. polizeilich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (bei Minderjährigen).

Meldung und Auskunft:

Werbestelle für Eisenbahntruppen Magdeburg,

Am Sudenburger Tor, Baracke E.

Das herrsch. Eck-Grundstück m. Laden, groß. Hof u. Vorgarten, Karlstr. 19, ist zu verkauf. Näh. bei R. Wiegand, Mälzerstr 8.

---

500 Mark

z. leihen gesucht Möbelsicherheit, gute Verzinsung u. mtl. pünktl. Rückzahlung. Ang. u. L B 100 an d. Exp. d. Bl.

---

300 Mark

werden v. j. sol. Herrn (Kriegsteilnehmer) gegen monatl. Rückz. u. hoher Verzins. sof. zu leihen ges. Off. u. 112 a. d. Exp. d. Bl.

Sehr gut erh. feldgr. Uniform (Trikotstoff), für mittl. Fig. pass., zu verk. Besicht. nachm. v. 6–7 Uhr Gutenbergstr. 1, pt. r.

Fast neue grünl. Drillichhose und weiße Drillichjacke, Mittelgröße, verk. Gutenbergstr. 14, ptr. l.

Zu verk.: 1 Frack, eig. Feuerwehr-Rock (braun), weiß-bl. gestr. Weste, Chemisetts, Manschetten, Kragen (39), w. Hr.-Strohhut, schw. Filzhut. Zu erfr. i. d. Exp.

Blaues Damenkostüm

neu, reine Wolle, auf Seide gearbeitet, f. kleine Figur passend, sehr preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Ein einf. weiß. Damenhut (fast neu) billig zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Zwei Paar derbe hohe getragene Schnürschuhe (Größe 38, 39), noch gut erhalten, aufs Land passend, preiswert zu verk. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen:

2 Paar Militär-Schnürschuhe Größe 27 und 29, 1 Militär-Schirmmütze, fast neu, Gr. 57, 1 Nußbaumkaffeetei, fast neu. Lauchstedter Straße 14. p.

---

1 Paar braune Herrenstiefel und 1 Paar Damenstiefel sind zu verkaufen. Daselbst werden Stiefel nach Maß in kurzer Zeit angefertigt. Weißenfels a. S., Ladegorstraße 14. 1 Treppe. Mitte.

Herrenschuhe, neu, Gr. 42 zu verkaufen. Kreuzstraße 5 2 Tr.

---

1 Paar Damenschuhe,

Gr. 39, weil zu klein, zu verk. Ober-Altenburg 36.

Guterh. Kinderwagen zu verkaufen Neumarkt 65 a, 1 Tr.

Für Gastwirte!

2teilige Ausschanksäule m. Schankloch

zu verkaufen.

Mücheln, „Gute Quelle".

Junge Ziegenböcke, Lämmer, Kaninchen

aller Art sind zu verkaufen Leuna Nr. 43 a.

---

1 Schwein (zirka 1 Zentner schwer) verkauft Klein-Kayna 51.

Wachs. Schäferhund

zu verkaufen Ölgrube 31.

Guitarrezither zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter 104 an die Exped. d. Bl.

Die Unterzeichneten halten vom 7. ds. Mts. an ihre Kassen und Tresors für den öffentlichen Verkehr wie folgt geöffnet:

Vormittags von ½9 bis 1 Uhr,
nachmittags von 3 bis 5 Uhr,
Sonnabends von ½9 bis 1 Uhr.

Merseburger Vereinsbank, E. G. m. b. H. Merseburg.

Mitteldeutsche Privat-Bank, Akt.-Ges., Zweigniederlassung Merseburg.

Friedrich Schultze, Merseburg.

Schuppen, Stallung

sofort zu mieten gesucht. Angebot an

Färberei O. Neuthor, Oelgrube 9.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer

Beste Mitarbeiter

Sichere politische Führung!

Das alte Blatt für nationalen Sozialismus!

Probeheft kostenfrei. 25. Jahrgang. Vierteljahrespreis 5 Mark.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Abonnements werden in der Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent angenommen.

Keine Wanze mehr für M. 2.—

nur mit Kammerjäger Berg's Nickodaal I u. II zu erzielen.

Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Viele Dankschreiben. Doppelpack. M. 2.—. Ausreichend für 1–3 Zimmer und Betten. Alleinverkauf Centraldrog. R. Kupper, Markt 17. Bei Eins. v. M. 2.40 oder Postscheckkonto Berlin 31286 portofreie Zusendung durch Herm. A. Groeel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Motorrad,

N. S. U., 2 Zylinder, untersetzte Riemenscheibe, gefedert, Modell 1914, mit guter Friedensbereifung, flotter Läufer, für M. 1800,— zu verkaufen. Besichtigung nach 5 Uhr nachmittags Friedrichstr. 26, pt.

Ein kleiner Posten

prima

Auslandsschläuche

zu billigsten Tagespreisen eingetroffen bei

Max Schneider

Telephon 479. Schmale Straße 14

Offeriere freibleibend:

Cognak-Weinbrand, za 40%, ¾ Flasche 43.— Mk.
Korn (Götterfeuer), za. 33 u. 40%, per Liter 34.— u. 38.— Mk.
Kornverschnitt (Maintrank), za. 33–35%, per Liter 33.— Mk.

Franz Carl. Eicha bei Römhild S.-M.

Die Deutsche

demokratische Partei

ist die Partei aller liberal und fortschrittlich gerichteten Volksgenossen in Stadt und Land.

Sie tritt unerschrocken ein für Ordnung, Freiheit und Recht.

Darum:

Landwirte, Kaufleute, Industrielle, Beamte, Handwerker, Arbeiter, Frauen aller Stände

tretet ein in die

Deutsche Demokratische Partei

die Partei der deutschen Frau.

Anmeldungen nehmen die Vorstandsmitglieder des Ortsvereins Merseburg sowie die Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondenten (Kl. Ritterstraße 3) entgegen.

Achtung!

Frisch eingetroffen:

reines amerik. Schweineschmalz, pa. Speiseleit (Fogetaline), pa. Kernseife (72%), Schokolade, Ia. Qualität gebr. Kaffee Zigarren, Zigaretten in gr. Auswahl stets zu haben bei

Franz Sixtus

Leuna b. Merseburg.

Kranken Frauen

und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau

Berta Koopmann, Berlin W 35,

Potsdamer Str. 104.

Vereinen

empfehle in großer Auswahl:

Verlosungs-Gegenstände, Schieß- u. Kegelpreise, Tanzblumen und Tanz-Kontroller.

Lieferung von **Vereinsabzeichen in Emaille.**

Anfertigung aller **Vereins-Drucksachen.**

Ständiges Lager in Diplomen.

Kurt Karius, Brühl 14

Spezialgeschäft f. Vereinsbedarf.

Für die Reise:

Kamm- u. Bürstenwaren und alle Toilette-Artikel

Otto Stiebritz

Parfümerie Gotthardtstr. 32

Metall-u. Kautschuk-

Stempel

Adolf. Nadler

Kirchstr. 7.

Zigaretten, (kein Buchenlaub), Band „f", Mille Mk. 150.— von 1 Mille an geben ab Stelzer & Staar, Versandhaus, Hof in B. Postscheckkonto Nürnberg Nr. 13989.

Tabak- Grünkohl- Rosenkohl- Pflanzen

bietet an

Trebst

Gärtnerei Nordstr.

Nähmaschinen

werden schnell u. gut repariert bei L. Albrecht, Hallesche Str. 19.

Zur Ausführung von

Maler-arbeiten

mit Ersatz- oder Friedens-Material empfehlen sich

Fritz u. Hermann Dietrich,

Friedrichstraße 16/18.

Fuhren

aller Art

wie Kohle, Sand, Asche usw. besorgt **Emil Jentsch,**

Neumarkt 76.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190711-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 151 — Freitag, den 11. Juli 1919 — 45. Jahrg.

Grundsteuerwechselgesetz und Vergnügungssteuergesetz.

Die Entwürfe eines Grundwechselsteuergesetzes und eines Vergnügungssteuergesetzes tragen insofern innerhalb gewisser Grenzen einen gemeinsamen Charakter, als sie beide einen starken Eingriff in die Finanzwirtschaft der Gemeinden bedeuten. Die Umsatzsteuern und die Vergnügungssteuern bildeten vielfach einen sehr erheblichen Bestandteil der Gemeindefinanzen. Die Entwürfe tragen dem auch Rechnung, indem sie die Gemeinden an dem Ertrage der Steuern in umfangreicher Weise beteiligen. In gesetzgeberischer Hinsicht gehen beide Gesetzentwürfe vielfach auf Gemeindesteuerordnungen zurück. Besonders haben die Lustbarkeitssteuerordnung der Stadt Düsseldorf und das Vergnügungssteuergesetz der Stadt Hamburg dem Entwurf des Reichsgesetzes als Vorbild gedient. Das Grundwechselsteuergesetz lehnt sich außerdem vielfach an das Reichszuwachssteuergesetz und an die Stempelsteuergesetze des Reichs und der Einzelstaaten an. Indem es selbst darauf verzichtete, seinen Gegenstand wie bisher im Rahmen eines Stempelgesetz zu erledigen, hat es einen Schritt getan, der vom Standpunkt praktischer Anwendung nur begrüßt werden kann. Noch bedeutsamer für die Praxis aber ist die Tatsache, daß nunmehr endlich eine gewisse Vereinheitlichunng in der steuerlichen Erfassung des Grundstückumsatzes herbeigeführt wird. Die gleichzeitige Beteiligung des Reiches, des Staates, der Gemeinde, des Kreises, auf Grund teilweise ganz abweichender Normen in verschiedenen Formen, mit verschiedenen Rechtsmitteln und auf Grund verschiedener Schätzungen, war für den Verkehr geradezu unerträglich und führte zu Belästigungen und Weitläufigkeiten, die teilweise schlimmer waren und unangenehmer empfunden wurden als die Lasten selbst. Es kommt hinzu, daß die einheitliche Wertfeststellung auch für andere Gebiete von Bedeutung zu werden verspricht, bei denen es gleichfalls auf den Wert des den Eigentümer wechselnden Grundstückes ankommt. Der gemeine Wert des Grundstücks ist wichtig für die Kostensätze bei Gericht und Notar, für die Realsteuern vom Grundbesitz, für die Reichserbschaftssteuer, die Reichsbesitzsteuer, die Kriegssteuern, die Reichszuwachssteuer und die verschiedenen landesrechtlichen Vermögens- oder Ergänzungssteuern. Es ist zu erstreben und steht zu hoffen, daß ein Weg gefunden wird, um die für die Grundwechselabgabe gefundene Wertfestsetzung auch für alle diese anderen Steuergebiete nutzbar zu machen.

Die Grundwechselsteuer betrug für das Reich bisher zwei Drittel vom Hundert und es war seit vielen Jahren in Aussicht genommen, sie um die Hälfte zu ermäßigen. Jetzt soll sie auf 4 v. H. erhöht werden, wobei jedoch, nach dem Wunsche der Reichsregierung, das Reich nur die Hälfte, nach dem des Staatenausschusses sogar nur drei Achtel behalten soll. Der übrigbleibende Teil fließt den Einzelstaaten zu, die außerdem befugt sind, Zuschläge von nicht mehr als 2 v. H. zu erheben. Auf diese Weise sollen die bestehenden Interessen der Bundesstaaten und der ihnen angehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände gewahrt werden. Die Steuer knüpft nicht wie die bisherige Reichsstempelabgabe an den obligatorischen Vertrag (Kauf, Tausch usw.), sondern an den dinglichen Eigentumsübergang unter Lebenden an, und folgt damit dem Beispiel der meisten kommunalen Umsatzsteuerordnungen. Für Fideikommisse und für Eigentum der toten Hand ist eine Sonderbesteuerung in Höhe von 2 v. H. vorgesehen, die erhoben wird, wenn 20 Jahre seit dem letzten steuerpflichtigen Besitzwechsel verflossen sind. Wiederum abweichend von der Reichs- und Staatssteuergesetzgebung, aber im Einklang mit vielen Steuerordnungen der Gemeinden, ist auf die Fälle Rücksicht genommen, in denen der Erwerb der Grundstücke durch Hypothekengläubiger zum Zwecke der Rettung ihrer Hypotheken erfolgt ist. Während auf der anderen Seite Steuererhöhungen zur Bekämpfung der Güterschlächtereien vorgesehen sind.

Die Vergnügungssteuer spielt vom finanziellen Standpunkt aus unter den gegenwärtigen Zeitläuften eine noch geringere Rolle als die Grundwechselabgabe. Sie soll insgesamt 60 Millionen Mark jährlich einbringen, wovon, da die Hälfte des Ertrages den Bundesstaaten verbleiben soll, dem Reiche 30 Millionen Mark zufließen würden. Das bedeutet bei den Lasten des Reiches nicht viel und kaum genug, um etwa die Schaffung eines großen Mechanismus mit eigenen Beamten und peinlichen Belästigungen des Volkes zu rechtfertigen. Aber die Einführung dieser Steuer zu Gunsten des Reiches entspringt auch weniger finanziellen als sittlichen und politischen Erwägungen. Es geht nicht an, in einer Zeit, in der die harte Arbeit und die notwendigen Bedürfnisse des Lebens belastet werden, Vergnügungen und Belustigungen frei zu lassen; um so weniger, als der Hang zu ihnen einen Umfang angenommen hat, der die Grenzen eines harmlosen Treibens mehr und mehr überschreitet. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind befugt, mit Genehmigung ihrer Landesregierung für sich Zuschläge zu erheben. Die Form der Steuer ist die der Karten- oder Pauschsteuer. Erstere wird dadurch gesichert, daß für entgeltliche Veranstaltungen ein Zwang zur Ausgabe von Eintrittskarten und das Verbot der Zulassung ohne Lösung einer Eintrittskarte ausgesprochen ist. Die Pauschsteuer wird grundsätzlich nach der Größe des Raumes, der für die Veranstaltung benutzt wird, erhoben.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 9. Juli. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr explodierte dem Posten am Mehlmagazin in der Volkmannstraße eine Handgranate. Der Soldat wurde schwerverletzt nach der Klinik gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, war nicht festzustellen. — Am Montag nachmittag, als die Stadtverordneten-Versammlung über den von demokratischer Seite gestellten Antrag, den mittleren Arbeiterrat aufzulösen, verhandelte, demonstrierten etwa 600 Arbeiter vor dem Rathause, die eine Kommission wählten, die dem Stadtverordnetenparlament die Forderung auf Beibehaltung des mittleren Arbeiterrates und die Wiedereinsetzung des Großen Arbeiterrates mündlich unterbreiten sollte. Die Stadtverordnetenversammlung gab dem Wunsche ausnahmsweise nach und ließ den Sprecher die Wünsche der Demonstranten vortragen. Dieser brachte gleichzeitig zum Ausdruck, daß, falls die Stadtverordnetenversammlung den Wünschen der Arbeiterschaft nicht Rechnung tragen sollte, sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden wirtschaftlichen Machtmitteln ihre Forderung zur Geltung bringen werde. Nach einer Erklärung des Magistrats, wonach gegen das Bestehen des mittleren Arbeiterrates rechtlich nichts einzuwenden sei, zog die Demokratische Fraktion ihren Antrag zurück. Nach Bekanntgabe des Beschlusses zerstreuten sich die Demonstranten wieder.

† **Delitzsch**, 10. Juli. In der Nacht vom 7. zum 8. Juli gelangten Spitzbuben nach Eindrücken einer Fensterscheibe in die Sortierstube der Blankenburgschen Zigarrenfabrik in der Elberitzstraße. Hier wurden 2000 Zigarren entwendet.

† **Teuchern**, 9. Juli. Die Stadt Teuchern ist der Kleinsiedelungsgesellschaft Weißenfels Stadt und Land angeschlossen und hat bereits einen größeren Plan zur Besiedelung angekauft. Nach dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung sollen auch noch zwei angrenzende Pläne zugekauft werden, damit das großzügige Bebauungsprojekt der Siedelungsgesellschaft ausgeführt werden kann. Mit dem Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern soll noch in diesem Jahre begonnen werden. Der bereits angekaufte Plan wurde der Kleinsiedelungsgesellschaft zum Preise von 10 000 ℳ der Hektar zur Verfügung gestellt. — Vom 1. Juli an wird auch hier der Strompreis für elektrisches Licht und für Kraft erhöht werden, es wird derselbe 75 bezw. 35 ₰ die Kilowattstunde betragen. — An die Stelle des bisherigen Stadtverordnetenvorstehers Remne, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, wurde der Bergarbeiter Schneider gewählt.

† **Camburg**, 9. Juli. Nach der vorausgegangenen Probeabstimmung über den Anschluß der Grafschaft Camburg an Preußen findet jetzt in den Landorten die endgültige Abstimmung statt. Wie nicht anders zu erwarten war, ergab sie bis jetzt eine große Mehrheit für den Anschluß an das preußische Nachbargebiet. Auch in Saalfeld neigt man jetzt immer mehr dem Anschluß an Preußen zu, und in Meiningen erklärte kürzlich der Staatsrat Eckardt in einer Versammlung, daß der Zusammenschluß Thüringens ohne preußische Gebietsteile abgelehnt und dafür ein Anschluß des ganzen Landes an Preußen angestrebt werden müsse.

† **Cöthen**, 10. Juli. Zwölf Rädelsführer und Anstifter der Unruhen, die am Freitag hier stattfanden, sind verhaftet worden. Ein Teil der geraubten Lebensmittelvorräte wurde beschlagnahmt.

† **Magdeburg**, 9. Juli. Im November v. J. wurde im Postamte zu Burg ein Einbruch verübt. Rund 50 000 ℳ fielen den Dieben in die Hände, die lange unentdeckt blieben. Vor kurzem fand nun aus anderem Anlaß in der Wohnung des früheren Postaushelfers Adolf Schneider in Burg eine Haussuchung statt, bei der unter den Dielen versteckt 38 640 ℳ in Silbergeld, Banknoten und Wertpapieren und außerdem noch verschiedene Goldsachen entdeckt wurden. Ins Verhör genommen, hat Sch. jetzt eingestanden, in Gemeinschaft mit einem polnischen Arbeiter namens Dombrowsky den Einbruch im Burger Postamt begangen zu haben. Als Hehler wurde ein Handelsmann in Brandenburg ermittelt und festgenommen.

† **Nordhausen**, 9. Juli. Die Mehrausgaben der Stadt im Haushaltsplan 1919 gegen 1918 belaufen sich auf 1 781 000 ℳ und die Zuschüsse der Stadtkasse betragen insgesamt 3 707 563 ℳ. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer soll um 55 Prozent (von 205 auf 260 Prozent), die Grund- und Gebäudesteuer um 35 Prozent (von 195 auf 230 Prozent) und die Gewerbesteuer von 1,95 auf 2,30 Prozent des Ertrages erhöht werden.

† **Meiningen**, 10. Juli. Der „Werrabote" schreibt: Die Unsicherheit in der Umgebung Meiningens wird immer größer. Wieder ist eine Bluttat zu verzeichnen. Am Sonntag nachmittag wurde die 19jährige Christiane Heller aus Metzels im Walde angeschossen. Sie verstarb im Laufe des Nachmittags. Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange. Der Täter ist angeblich ein Mann aus Näherstille.

† **Tangerhütte**, 10. Juli. Das Kruppwerk hat beschlossen, den Schießplatz Tangerhütte gänzlich still zu legen, da es infolge der Friedensbedingungen 2 Schießplätze nicht mehr braucht. Eine bestimmte Verwendung des Platzes ist noch nicht vorgesehen.

† **Arnstadt**, 10. Juli. Der am Sonntag hier stattgefundene Thüringer Handwerkertag, bei dem 173 Vertreter aus allen thüringischen Staaten anwesend waren, erhob schärfsten Einspruch gegen die von der Regierung beabsichtigte Planwirtschaft. Er erblickt in ihr die Fortsetzung der so schädlichen Kriegswirtschaft und einer verschleierten Sozialisierung, die in ihren Folgen neue Lasten und den Ruin von Handwerk und Gewerbe herbeiführen werde.

† **Leipzig**, 10. Juli. Veruntreuung und Verschiebungen im hiesigen Reservelazarett sind von der Polizei und dem Militärgericht entdeckt worden. Es kommen Lebensmittel und Lazarettgegenstände in Frage, die bei Angehörigen des Lazarettpersonals vorgefunden wurden.

† **Leipzig**, 10. Juli. Einen Überschuß von über 12 Millionen Mark hat die Stadt Leipzig im Rechnungsjahre 1918 erzielt. In der Hauptsache ist dieses günstige Ergebnis auf das hohe Steuereinkommen zurückzuführen. Infolge des günstigen Abschlusses war es möglich, den diesjährigen Steuersatz in Leipzig auf 200 Prozent festzusetzen.

† **Dresden**, 9. Juli. Das sogenannte „Mathildenschlößchen", das Gefängnis am Holbeinplatz in Dresden, ist zu ungeahnter Ehre gelangt: es ist von 500 Studenten zu Wohnungen begehrt worden. Eine Deputation ist im Auftrage dieser Studenten beim Wohnungsamt vorstellig geworden und hat, da diese sonst keine Wohnung finden können, um Unterkunft in dem Gefängnis gebeten. — Wie verlautet, wird die Demokratische Fraktion unter allen Umständen auf ihrer Forderung beharren, daß der Religionsunterricht nicht aus der Schule entfernt werden darf. Sollten die Sozialdemokraten darauf nicht eingehen, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Demokraten den ganzen Gesetzentwurf über das Übergangsschulgesetz für die Volksschulen ablehnen werden.

Merseburg und Umgegend.

10. Juli.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

** **Honigpreise.** Auf dem kürzlich in Jena abgehaltenen Thüringer Imkertag wurde u. a. folgender Beschluß gefaßt: Der Thüringer Imkertag tritt ein für die Verpflichtung aller deutschen Imker, vom Honigertrag jeden Volkes 2 Pfund zu dem ermäßigten Preise von 4,50 Mark je Pfund an die Kommunalverbände abzugeben, welche für Verteilung an Krankenhäuser bestimmt sind. Nach Freigabe des Honighandels hält er 8 ℳ je Pfund ohne Glas oder Büchse als Richtpreis für den edlen Thüringer Honig als den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen.

** **Die Gültigkeit der Reisebrotmarken.** Das preußische Landesgetreideamt hat bekanntlich die Gültigkeit der Reichsreisebrotmarken alten Musters (graues Papier) bis zum 27. Juli 1919 einschließlich verlängert. Mithin sind bis zum 27. Juni sowohl die alten als auch die neuen Muster nebeneinander in Geltung. Vom 28. Juli ab gelten nur noch die Marken neuen Musters. Bis zum 27. Juli 1919 dürfen Marken alten Musters auf den Brotkommissionen, die die Reisebrotmarken ausgegeben haben, in Marken neuen Musters umgetauscht werden. Nach dem 27. Juli dürfen Marken alten Musters nicht gegen neue umgetauscht werden, es sei denn, daß ein Lebensmittelkartenabmeldeschein vorgelegt wird, aus dem hervorgeht, daß der Inhaber über den 27. Juli hinaus mit Reisebrotmarken alten Musters versorgt ist. Die Beschränkung der Gültigkeitsdauer der nicht perforierten Reisebrotmarken neuen Musters (gelbes Papier) bis zum 3. August ist vom Landesgetreideamt aufgehoben worden.

** **Baukalkbezug.** Der Reichskommissar für das Wohnungswesen hat verfügt, daß Baukalk, zu dem auch der Kalk für die Kalksandsteinerzeugung gehört, nur auf Grund von Dringlichkeitsbescheinigungen abgegeben werden darf. Zur Ausstellung dieser Dringlichkeitsscheine sind dieselben Amtsstellen ermächtigt, in deren Händen die Ziegelbewirtschaftung liegt. Der Schein ist vom Baukalkbezieher an die bekannt gegebene zuständige Nebenstelle des Deutschen Kalk-Bundes zu senden. Der Schein gibt wie jeder Bezugsschein keine Gewähr auf Lieferung des Baukalkes.

** **Der Verbleib der Kirchenglocken.** Entgegen anderen Meldungen wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der weitaus größte Teil der enteigneten Glocken während des Krieges auf den Hüttenwerken verarbeitet und die übrigen Glocken, die bei Abschluß des Waffenstillstandes noch vorhanden waren, den Vorbesitzern bereits zurückgegeben bezw. zum Rückkauf angeboten wurden. Diejenigen Glocken, die in geringer Anzahl noch vorhanden sind, und deren Herkunft nicht festgestellt werden konnte, sind in Listen verzeichnet worden, auf Grund deren die Kultusministerien die Eigentümer zu ermitteln suchen.

** **Abschaffung der Trinkgelder.** In den Tagen vom 2. und 3. Juli tagte in Halle eine Delegierten-Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Gastwirts-Angestellte sowie bestehenden Ortsvereine für den Regierungsbezirk Merseburg und Anhalt. Die gutbesuchte Versammlung befaßte sich mit dem Entwurf eines Lohntarifs, der sich an dem Essener Abkommen anlehnend, Beseitigung des Trinkgeldunwesens für alle Angestellten des Gasthausgewerbes setzt. Die anwesenden stimmberechtigten Vertreter sprachen sich im Namen der von ihnen vertretenen Arbeitnehmervereinigungen dahin aus, daß das jetzige Entlohnungssystem in der jungen deutschen Republik unhaltbar sei. Sie forderten soziale Gleichstellung ihres Berufes mit anderen Berufen. Da dieses einzig und allein durch feste Entlohnung erreicht werden kann, wurde ein Tarif entworfen, der den Angestellten ein festes Auskommen sichern, und diesen längst veralteten Zopf — das Trinkgeld — beseitigen soll.

** **Wieder reine deutsche Seife.** Zum ersten Male werden wir im September wieder auf Lieferung von reiner deutscher Seife rechnen können. Hierbei handelt es sich zunächst um sog. pilierte Feinseife mit 80 v. H. Fettgehalt in 100-Grammstücken. Außerdem gelangt reine Kernseife mit 60—62 v. H. Fettinhalt in 100- und 200-Grammstücken, sowie endlich reine Rasierseife mit 80 v. H. Fettinhalt in 50-Grammstücken zur Verteilung. Hiervon werden 100 Gramm Feinseife 1,20 ℳ, 100 Gramm Kernseife 80 ₰ und 50 Gramm Rasierseife 60 ₰ kosten. Die Seife wird vorläufig nur gegen Marken abgegeben, und zwar auf den Feinseifenabschnitt der Seifenkarte. Dafür wird K. A.-Seife, die bisher auf diesen Abschnitt entnommen werden konnte, in Zukunft markenfrei sein.

Im Buchengrund.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Jawohl, gehen Sie nur, gnädiges Fräulein, ich werde schon alles machen. Wollen Sie nicht ein bißchen Essig riechen? Das hilft manchmal."

Jutta schüttelte nur stumm den Kopf; Minna half ihr in den Mantel und ließ sie leise zur Tür hinaus.

„Sie wird doch wohl nicht krank werden, sieht ja zum Erbarmen aus," dachte Minna mitleidig.

Mit Füßen, so schwer wie Blei, verließ Jutta das Haus. Doktor Görger wohnte in nächster Nähe. Die Damen waren nach dem Tode des Geheimrats hierher gezogen, weil ihnen der Arzt hier nahe war. Wenn die Mutter ihre Herzkrämpfe bekam, war immer schnell Hilfe nötig.

Doktor Görgers Sprechstunde war gerade zu Ende, als Jutta anlangte. Der Diener ließ sie gleich eintreten. Er kannte sie genau und wußte, daß sein Herr immer für sie zu sprechen war.

Doktor Görger, ein rüstiger, schöner, alter Herr Ende der Fünfziger, mit klugen, hinter Brillengläsern verborgenen Augen und gelichtetem Haar erhob sich von seinem Schreibtisch, als Jutta eintrat. Er hatte soeben seine Notizen in seinem Journal beendet.

Jutta taumelte haltlos vor Schmerz auf ihn zu und stieß ein jammervolles: „Onkel Doktor!" hervor.

Erschrocken fing er sie in seinen Armen auf und sah forschend in ihr verstörtes Gesicht.

„Was gibt es, Jutta — die Mutter?" fragte er hastig und ließ sie voll väterlicher Teilnahme in einen Sessel gleiten.

Sie schüttelte den Kopf.

„Nicht die Mutter — Fred — Fred!"

Sie schrie den Namen des Bruders heraus, als könne sie den Schmerz nicht mehr in sich verschließen.

Doktor Görger machte ein finsteres Gesicht.

„Macht euch der Bengel wieder Sorgen? Himmeldonnerwetter noch mal, ich möchte das Bürschlein mal abbeuteln, daß ihm Hören und Sehen vergeht", sagte er wütend und strich doch gleich beruhigend mit väterlicher Zärtlichkeit über das blasse, verstörte Mädchengesicht.

„Schilt ihn nicht, Onkel Doktor — Fred ist tot."

Das brach wieder wie ein Schrei aus ihrer Brust.

Der alte Herr erschrak.

„Tot! Fred tot?"

Sie nickte, zog Brief und Depesche hervor und reichte ihm beides.

„Lies selbst", bat sie und sank kraftlos in sich zusammen, mit brennenden Augen vor sich hinstarrend.

Doktor Görger las, sein Gesicht wurde noch finsterer. Seine Lippen formten das Wort: „Schwächling". Aber er sprach es nicht aus, um Jutta zu schonen. Wußte er doch, wie zärtlich sie und die Mutter diesen leichtsinnigen Menschen geliebt hatten.

Sanft nahm er Juttas kalte Hände in die seinen.

„Du hast es Mutter noch nicht gesagt, Jutta?"

Sie schrak empor.

„Nein, nein, wie kann ich das! Es ist ihr Tod, wenn sie es erfährt. In meiner Angst und Not komme ich zu dir und Tante Maria; ich weiß ja nicht, was ich tun soll."

Der Arzt trat an seinen Arzneischrank, ließ aus einer Flasche einige Tropfen in ein halbgefülltes Wasserglas fallen und reichte es Jutta.

„Trink das, Jutta. Du armes Ding bist zu sehr erschrocken. Und doch mußt du den Kopf oben behalten, Kind — für deine Mutter. Wir dürfen ihr jetzt nicht sagen, was geschehen ist. Sie ist von dem letzten Anfall noch nicht zur Ruhe gekommen. Die Nachricht vom Tode deines Bruders wäre ihr sicherer Tod."

Jutta trank gehorsam das Glas leer. Dann schluchzte sie trocken auf: „Ach, Onkel Doktor — wie ist das Leben so schwer. Was tue ich nur!"

„Tapfer sein, mein armes Kind! Hast doch bisher wie eine treue Schildwache vor deiner Mutter gestanden. Und nie brauchte sie eine Schildwache nötiger als jetzt. Sie ist ohnedies in Unruhe und Sorge um Lena. Erführe sie vom Tode deines Bruders, dann wäre es aus mit ihr. Herrgott, dieser Schlingel — nein, nein, ich sage nichts mehr gegen ihn, sei ruhig. Nun sei aber auch mein liebes, tapferes Kerlchen, hörst du?"

Sie nahm seine Hand und drückte sie an ihre brennenden Augen. Und dann sah sie zu ihm auf.

„Ist es aber nicht ein Unrecht, wenn ich Mutter verschweige, daß ihr heißgeliebter Sohn nicht mehr am Leben ist? Sie wird es mir nie verzeihen, wenn ich sie in Unwissenheit lasse."

Der alte Herr machte eine energische Handbewegung.

„Hier kommt es nicht darauf an, was du darfst, sondern auf das, was du mußt. Ich verbiete dir als Arzt deiner Mutter, ihr diese Mitteilung zu machen. Auch nach der schonendsten Vorbereitung wirft diese Nachricht sie um. Es hilfs nichts, wir müssen warten, bis wenigstens Lena kommt. Ist diese wohlbehalten mit dem Kinde angekommen, hält deine Mutter die beiden geliebten Menschen im Arm, dann wollen wir es in Gottes Namen versuchen, sie schonend auf die schreckliche Nachricht vorzubereiten. Ganz langsam muß das dann gehen. Wir müssen wieder mal ein frommes Märchen ersinnen. Die Mutter muß euch erhalten bleiben. Denke doch, Kind, wenn Lena und das Kind jetzt zu euch kommen, wovon wollt ihr alle leben, wenn die Pension der Mutter fortfällt! Deine Schwester kommt krank und mittellos heim. Sie braucht Pflege und Schonung. Und auf dir lastet wahrlich schon genug, du kannst nicht alles schaffen, trotz deines bewundernswerten Opfermutes. Herrgott, Kind, ich verstehe, daß du jetzt mit so mutlosem Gesicht vor mir sitzest. Was hat dir das Schicksal alles aufgepackt! Aber du bist gesund und stark, ein ganzer, prachtvoller M[illegible] Hut ab vor dir, mein Kerlchen! Wer, wie ich, so viel menschliches Elend und Schwäche sieht, dem labt es das Herz, so eine Kraftnatur zu sehen. Nun raffe dich aus deiner Erstarrung, mein Mädchen!"

Ein herzzerreißendes Lächeln umspielte Juttas blassen Mund. Dann schloß sie plötzlich die Augen.

„So elend und verzagt war ich noch nie in meinem Leben, lieber Onkel Doktor. Ach Fredy — mein lieber Fredy — nein — du darfst ihm nicht zürnen! Er kann ja nichts dafür, daß er so schwach war, daß er eine solche Sehnsucht nach Freude und Genuß hatte. Nun hat er es gebüßt — so schwer. Mein Herz tat mir so weh, wenn ich denke, was er gelitten haben mag, ehe er uns das antat. Wenn ich doch wenigstens zu ihm könnte! Nur noch einen letzten Blick in sein stilles Gesicht, einen letzten Gruß möchte ich ihm bringen, ich kann ihn so nicht einsargen lassen, ohne daß ein liebender Blick ihn getroffen hat. Rate mir, hilf mir, ich muß zu ihm! Der Oberst verlangt ja auch die Anwesenheit eines Angehörigen. Aber wie komme ich fort, ohne daß Mutter etwas merkt? Ich bin so wirr, so zerfahren und kann mir nichts ausdenken. Hilf du mir, lieber, guter Onkel Doktor!"

Der Arzt drückte ihr beruhigend die Hand.

„Ja, ja, ich helfe dir schon. Aber jetzt komm erst mal mit hinüber zu Tante Maria. Sie wird uns nachdenken helfen, wie wir alles am besten einrichten."

Er führte Jutta in das behagliche Wohnzimmer. Da saß eine stattliche, alte Dame mit frischem Gesicht und vollem graumelierten Haar.

Ihr Gatte erzählte ihr kurz was geschehen war und was man von ihr erwartete. Sie zog Jutta liebevoll an sich. Ganz blaß wurde ihr frisches Gesicht. Sie besaß selbst zwei erwachsene Söhne und zwei Töchter und erfaßte mit ihrem Mutterherzen die Tragik dieser Nachricht.

Sorglich führte sie Jutta zu einem Sessel. Erst wollte sie nichts davon wissen, daß man der Mutter den Tod ihres Sohnes verheimliche. Als ihr Gatte ihr jedoch alles auseinandersetzte, als sie hörte, daß die kränkliche Mutter auf keinen Fall ihren toten Sohn noch einmal sehen konnte, weil sie in ihrem Zustand das Zimmer nicht verlassen dürfte, da sah sie ein, daß die Ärmste noch immer früh genug das Schreckliche erfahren würde. Entschlossen und umsichtig, wie eine echte Arztfrau, beriet sie nun mit ihrem Gatten, was zu tun sei.

Jutta saß schweigend in tiefster Ermattung dabei und empfand es als Wohltat, daß andere für sie handelten und dachten. Sie wußte, daß diese beiden gütigen Menschen alles aufs beste bedenken würden.

Endlich war alles reiflich erwogen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190711-18/fragment/page=0005

Strandschlößchen!!

Dramatischer Verein „Euterpe".

Sonntag, den 13. Juli, von nachmittags 3 Uhr an großer

/ Sommer-Ball /

bei vollbesetztem Orchester (Stadtkapelle).

Preiskegeln, Saalpost, Blumen-Polonaise u. a. Überraschungen.

Um gütigen Zuspruch bittet — Der Vorstand.

Restaurant Strandschlößchen — Sonnabend, Sonntag und Mittwoch **Karussellfahrt**

Um regen Zuspruch bittet Der Besitzer.

Achtung! Achtung!

Thüringer Hof.

Sonnabend, den 12. Juli d. J., von abends 6½ Uhr ab.

Tanzkränzchen

Hierzu ladet freundlich ein Gesellschaftsverein Frohsinn.

Funkenburg. Das für heute Abend angesetzte **Konzert** (Streichmusik) findet **im Saale** statt.

PREUSSEN

B.-C. „Preußen" (E. V.)

Sonntag, den 13. d. Mts., von nachm. 3 Uhr an

Tänzchen mit Preisschießen und -Kegeln

im Kaffeehaus Neuschan.

Beginn des Preiskegelns 10 Uhr vormittags.

Der Vergnügungs-Ausschuß.

Werkmeister-Bezirksverein

fürs Geisetal.

Die nächste Hauptversammlung

findet Sonntag, den 13. Juli 1919, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal Geiseltröllitz statt. Pünktliches Erscheinen eines jeden Kolleaen ist Pflicht. Der Vorstand.

Merseburger Schwimmerschaft

Sportliche Vereinigung der beiden Merseburger Schwimmvereine „Schwimmverein Merseburg von 1913" und „Schwimmverein Poseidon" veranstaltet am kommenden Sonntag, den 13. d. M., von nachmittags 3 Uhr an, ein

1. Nationales Welt-Schwimmen

in der Sternberg'schen Schwimm-Anstalt unter zahlreicher Beteiligung auswärtiger Vereine von Weissenfels, Leipzig, Zeitz, Naumburg etc.

Zu dieser Veranstaltung ladet ein

Der Vorstand: E. Altstädt.

Abends 7 Uhr im Etablissement Casino Preisverteilung, Konzert der Stadtkapelle und Tanz.

Voranzeige!

Der große Zweimaster-Zirkus „Olympia"

wird eintreffen und am 12. Juli und 13. Juli 1919 seine ersten Vorstellungen geben. Die Direktion.

Das sollen Sie wissen!

und behalten, daß wir nur nach Markt- und Börsenpreisen kaufen und zahlen.

Wirtschaftslumpen kg.	20-30 Pf	woll. Strumpfabfälle kg.	7 M.
Knochen „	14 Pf.	Schafwolle „	4-8 M.
Sackzeug „	14 Pf.	Neutuchabfälle „	7 M.
Papierabfälle „	8 Pf.	Messing kg.	1,00 M.
Bücher, Zeitungen „	16 Pf.	Rotguß „	1,10 M.
Schmiedeeisen „	5 Pf.	Kupfer „	1,80 M.
Maschinenguß „	10 Pf.	Blei und Zink „	0,50 M.
Ofenguß „	6 Pf.		

Händler erhalten Extrapreise

Theuring & Ackermann.

Ankaufsfiliale Merseburg, Rulandstraße 6 (Restaurant Preuß. Adler).

Jeder Leser, der uns dies Inserat und 10 Klgr. Waren außer Papier, Eisen und Knochen, mitbringt, erhält 1 M. extra.

Wo sieht man?

Cinophon-Theater

Große Ritterstr. 1 — Fernruf 215

Ab Freitag bis Montag:

Verfolgung auf Leben und Tod (Ich oder Du)

Spannendes Detektivdrama in 4 Akten

Liebeswirren

Schauspiel in 4 Akten mit Friedrich — Zelnik und Charlotte Böckiin —

? Er betrügt uns ?

Reizendes Lustspiel in 2 Akten

= Neu eröffnet! =

Mein Galanterie- u. Spielwarengeschäft

befindet sich von heute ab

Kleine Ritterstrasse 1, — Ecke Entenplan.

Hans Käther.

Turnverein „Rothstein".

Sonntag, den 13. Juli 1919

Ausflug n. Schkopau

Gasthof zum Raben.

Daselbst von nachm. 3 Uhr ab

Tänzchen.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Geselligkeitsverein Einigkeit.

Freitag, den 11. Juli, abends ½ 8 Uhr, im „Preuß Adler"

Unterhaltungsabend.

Putzgeschäfte

Sehr leistungsfähige Damenhutfabrik übernimmt das

UMPRESSEN

von Filz, Velour- u. Plumes-Hüten mit sehr kurzer Lieferzeit bei erstklassiger Verarbeitung. Sehr feste Formen. Evtl. auch alleinige Annahmestelle zu vergeben. Gefl. Offerten unt. L. S 3017 an Rudolf Mosse, Leipzig, erbeten.

S. C. R.

hält Sonnabend, den 12 Juli, im „Neuen Schützenhaus" sein

Tanz-Vergnügen

ab. Anfang 6 Uhr.

Musik: Görlach-Kapelle.

Freundlichst ladet ein

Der Vorstand.

Hermann Schladitz

Uhrmacher

Großes Lager moderner Uhren

Zeitgemäße Schmucks
Bestecke
Optische Artikel

Kl. Ritterstr. 11

Fernsprecher 472

Gummiwaren

Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen

sanitäre Frauenartikel

Anfrag. erbrt. Versandhaus Heusinger Dresden 240, Am See 37.

Turnverein „Jahn".

Sonntag, den 13. Juli, von nachmittags 3 Uhr ab

großer Ball im „Thüringer Hof"

Hierzu ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Sonnabend, den 12. Juli

Generalversammlg

daselbst. D. O.

Verein d. Gastwirte von Merseburg und Umgeg

Dienstag, den 15. Juli d. J., nachmittags 3½ Uhr,

Generalversammlung

im „Tivoli". Tagesordnung: u. a. Vorstandswahl. Rechnungslegung. Der Vorstand.

Beste prima

Dauerwäsche

extra stark, nicht gelb oder grau, nur blendend weiß, in allen Formen und Weiten wieder vorrätig, billigst nur im

Gummiwarenhaus Grahneis

Telephon 467 — Gotthardtstr. 20.

Versand auch nach auswärts.

Feuerversicherung.

Alte, gut eingeführte Feuerversicherungsgesellschaft mit Nebenbranchen hat ihre Agentur mit Inkasso für Merseburg und Umgebung neu zu vergeben. Durch Gewährung hoher Provision lohnender Nebenverdienst. Geeignete Bewerber, evtl. auch Kriegsbeschädigte, wollen Offerten unter M 2758 an Huvag (Haasenstein & Vogler, A.-G.), Halle a. S. senden.

Ein Gießermeister ein Former

für Gelbgießerei unter vorzüglichen Bedingungen für sofort gesucht. Nur erste Kräfte können berücksichtigt werden.

Gefl. Angebote unter „97" an die Exped. d. Bl.

V. f. B.

(E. V.)

Sonnabend, den 12. d. M., abends ½8 Uhr

Generalversammlg.

im Klubhaus.

Vollzähliges Erscheinen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Thüringer Hof

Freitag, den 11. d. M., von 7 Uhr abends ab

/ Tanzkränzchen. /

Es ladet ein

Wiener Musikklub.

Funkenburg

Sonnabend, den 12. Juli, abends 7 Uhr

großes

Tanzkränzchen

mit Bandonion-Musik!

---

2 Freundinnen

Witwen, suchen Bekanntschaft mit 2 soliden Herren zw. späterer Heirat. Off u. 114 a. d. Exp.

Wer gibt Kriegsbeschädigten Violinen-Unterricht? Off. u. W 108 a. d. Exp d. Bl.

Ein Mann sucht Beschäftigung in Erntearbeit. Zuerfragen Föhrendorf Nr. 3.

Jung. Mädchen sucht Stellung als Wirtschafterin bei alleinst. Herrn. Witwer m. Kindern nicht ausgeschloss. Offert. unt. 110 an die Exped. d. Bl.

Angesehene und bereits gut eingeführte Firma, welche die H.-U.-L. u. Volksversicherungsbranchen betreibt, sucht f. Merseburg u. Umgeb. bei höchsten Bezügen und Übertragung des Inkassos tüchtigen Vertreter. Angebote unter „Vertreter" an die Exped. d. Bl.

Verdienst

sofort wöchentlich Mk. 500,— und mehr f. Herrn (auch Dame), welche sich m. Mk. 4—5000,— an Lebensmitteln sofort tätig beteiligen. Nur erste Interess., welche über den Betrag sofort verfügen können u. Zeit zur Betätigung haben, wollen Adresse unter 105 in der Exped. d. Bl. niederlegen.

Zuverlässige

Frau oder Bote

zum Austragen einer gut eingeführten Zeitschrift in Merseburg zum 1. August gesucht. Meldende müssen gut zu Fuß und desmöglichst abkömmlich sein. Monatlicher Verdienst ca. 35—40 M. Kleine Sicherheit erforderlich, welche auf Merseburger Sparkasse sicher gestellt wird. Angebote unter L 2337 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig.

Einen durchaus selbständigen

Malergehilfen

stellt sofort ein P. Hübner, Malermeister, Annenstraße 7.

Geschirrführer

sofort gesucht

Louis Weniger, Ob. Breite Str. 5

Zuverlässigen

Geschirrführer

stellt ein

M. Hertel, Saalstraße 6.

Tüchtiger Kegelsunge

gesucht. Z. m. Sonnabend 7 Uhr Strandschlößchen.

Lehrling

für Druckerei und Setzerei stellt ein Th. Röttner, Buchdruckerei.

Weibl. Modell

gesucht (kleine zarte Figur). Zu melden

Arthur Juckoff

Schkopau.

Arbeitsmädchen

sucht sofort

Peitschenfabrik, Hallesche Straße.

Älteres Fräulein od. unabhängige Frau

zur Stütze im Geschäft gesucht. Angebote unter 116 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Ich suche für meinen Haushalt ein

Kinderfräulein

zu zwei Kindern von 2 und 5 Jahren, sowie eine einfache

Stütze oder Wirtschaftsfräulein

bei sehr gutem Lohn, guter Behandlung u. Beköstigung. Angebote wenn möglich mit Photographie erbeten.

Frau Fabrikdirekt. Linkmeyer Barby, Elbe.

Für kleinen Haushalt (2 Pers.) für sof. zuverl. Person zur Vertretung d. Hausfrau a. 3 Woch. gesucht. Zu melden von 5—7 Uhr nachm. Gr. Ritterstr. 19 I.

Jüngeres, sauberes Mädchen

als Aufwartung

für vormittags sofort oder 15. 7. gesucht Karlstraße 15, 1 Tr.

Saub. Aufwartung

sucht zum 15. Juli Frau Kleinert, Kl. Ritterstr. 13.

Aufwartung für halbe Tage mit Beköstigung sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Saubere Aufwartung für vormittags sofort gesucht Kraft, Uhrm., Gotthardtstr. 13.

Kl. Rucksack verloren. Gegen Belohnung abzug. Halleschestr. 59 I

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190711-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Ehrenanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 151 — Freitag, den 11. Juli 1919. — 46. Jahrg.

Nachträgliches zu Erzbergers Debut.

Bei der außerordentlichen Bedeutung, die der großen Rede des neuen Finanzministers Erzberger vom Dienstag zuzumessen ist, kann es wenig ins Gewicht fallen, daß die Aufnahme in der Öffentlichkeit nicht gerade warm gewesen ist. Abgesehen von gewissen persönlichen Gegensätzen, die in dieser Zeit kaum so stark hätten zum Ausdruck kommen sollen, ist es immer ein undankbares Geschäft, die Notwendigkeit neuer Steuern zu begründen. Jedermann weiß aber, wie groß die Anforderungen sind, die die Finanzlage des Reiches an das Portemonnaie des einzelnen stellen, und es geht kaum an, dafür einen einzelnen verantwortlich zu machen. Herr Erzberger hat denn auch mit unbestreitbarem Recht zu Beginn seiner Rede darauf hingewiesen, daß er mit der Einbringung der Steuervorlagen nur das Werk seiner beiden unmittelbaren Vorgänger im Amte zum vorläufigen Abschluß bringe.

Es ist gegen ihn eingewendet worden, daß er nicht in dem Maße Finanzkenner sei, wie z. B. Herr Dernburg, aber dem steht die Tatsache entgegen, daß Erzberger zweifellos seit mindestens einem Jahrzehnt in steigendem Maße bei allen Fragen der Budgetgestaltung mit in erster Linie tätig gewesen ist.

Wenn man seine Rede vom Dienstag unvoreingenommen liest, dann wird man sich auch des Eindrucks nicht erwehren können, daß hier ein Mann sprach, der die Materie tatsächlich beherrscht. Das läßt sich aber nicht allein mit Selbstsicherheit oder der Unbefümmertheit machen, die die Gegner Erzbergers ihm nachsagen. Der Ernst der Sache erfordert es unbedingt, daß man sich an den positiven Inhalt dessen hält, was der Reichsfinanzminister als seine Programm — also auch das der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien — vorgetragen hat. Und so eigenartig es klingen mag, obsjon der Minister sich nicht gescheut hat, uns klaren Wein darüber einzuschenken, was uns bevorsteht, trotzdem entnimmt man aus dieser Rede eine gewisse Beruhigung. Die Zuversicht, daß wir auch trotz noch so großer Schwierigkeiten einmal wieder aus dem jetzigen finanziellen Tiefstand herauskommen werden, teilen wir ja letzten Endes alle selber, und in diesem Sinne ist es vor allem zu begrüßen, daß Erzberger den Gedanken eines Staatsbankerotts energisch von sich weist. Ganz abgesehen davon, daß uns der Staatsbankrott mit unseren Feinden zweifellos in einen entscheidenden Konflikt bringen würde, waren die Besten unter uns immer überzeugt, daß er unter allen Umständen die Aufschaltung Deutschlands aus dem Wettbewerb der europäischen Völker für Generationen bedeuten würde.

Erzberger läßt es sich ferner angelegen sein, die Zeichner von Kriegsanleihen absolut zu beruhigen, und als drittes und letztes käme sein Kampf für die große Vermögensabgabe, die er mit aller Entschiedenheit als den ersten nachhaltigen Versuch zu einer Genesung unserer Finanzlage betrachtet.

Zur Lage im Reiche.

Zum Rücktritt Wissells.

Der Reichspräsident hat das Abschiedsgesuch des Reichswirtschaftsministers Wissell angenommen.

Bleibt Wissel?

Zur sogenannten Wissell-Krise wird dem „Vorwärts" aus Weimar geschrieben: Es ist nicht nur zu wünschen, sondern durchaus wahrscheinlich, daß es gelingen wird, sowohl Wissell in seinem Amt zu erhalten, als die Wissellschen Ideen mit den Plänen einiger seiner Kollegen in Einklang zu bringen.

*

Die finanzielle Beihilfe für die Kriegsgefangenen.

Über die Verwendung der vom Reich bewilligten 150 Millionen Mark für die Kriegsgefangenen sind vom Reichsministerium unter Zuziehung von Vertretern der Kriegsgefangenen-Organisationen und des Reichsbundes für die Kriegsbeschädigten folgende Richtlinien aufgestellt worden: Das Geld soll als wirtschaftliche Beihilfe nach sozialen und individuellen Gesichtspunkten Verwendung finden auf Grund von Entscheidungen eines Ortsausschusses, der von der örtlichen

Die Beihilfe soll, im
bis auf 600 ℳ erhöht
leigende Teil zur Hälfte
Staats- und Kommunal-
soll im Falle der Be-
nschaft nicht länger als
rden für jeden weiteren
in die Beihilfe in Raten
nterstützung angerechnet
Beamte, deren Gehalt
den ist, ferner Privat-
der wenn sie eine Ab-
fnahme der Arbeit eine
erhalten haben. Aus-
e ein Verfahren wegen
zu ihren Gunsten ent-
nspruchsrecht gegen die
Millionen Mark außer
illionen zur Verteilung
fen, die zur Bestreitung
zur Deckung der Kosten

r Straßenbahnerstreik.

trotzdem in den letzten
tführung des Streiks
Schritt zur Anbahnung
Sie hat eine Abordnung
e Einleitung von Ver-
. Der Arbeitsminister
bande der Arbeitgeber
Hinzuziehung der preußischen Beamten festzulegen. Die Verhandlungen würden mit Rücksicht auf den Umfang der Beteiligung der preußischen Dienststellen und die notwendigen sachlichen Unterlagen am besten in Berlin stattfinden. Den polnischen Delegierten würde für diesen Fall alle erforderlichen Erleichterungen gewährt werden. Es wird um eine baldgefällige Mitteilung darüber gebeten, ob die polnische Regierung diesem Vorschlag zustimmt und bereit ist, mit größtmöglicher Beschleunigung ihre Vertreter zu benennen und den Zeitpunkt ihres Eintreffens in Berlin mitzuteilen.

Oberschlesien selbständig?

In den Verhandlungen über die Verleihung der Autonomie an einzelne preußische Provinzen ist vorübergehend eine Stockung eingetreten, aber diese Tatsache kann nichts daran ändern, daß die Entwicklung auf dem einmal betretenen Wege weiterdrängt. Jetzt sind wir bereits so weit, daß Oberschlesien nicht in einen Bundesstaat Schlesien hinein, sondern einen selbständigen Bundesstaat Oberschlesien bilden will. Darüber ist seit Mittwoch zwischen der Reichsregierung, den preußischen Kabinett und den oberschlesischen Abgeordneten eine Besprechung eingeleitet, deren vorläufiges Ergebnis darin besteht, daß von seiten des Reiches wie Preußens der Bundesstaat Oberschlesien wenigstens vorläufig abgelehnt wurde mit der Begründung, daß es zurzeit nicht möglich sei, vor der Volksabstimmung einen solchen grundlegenden Wechsel in dem Aufbau der staatlichen Organisation Schlesiens vorzunehmen. Dagegen wurde den Oberschlesiern versprochen, daß ein besonderer Beirat geschaffen werden soll, der die Wünsche der Bevölkerung auf kulturellem und auf anderen Gebieten bei der Provinzialregierung zu verfechten und nach Möglichkeit durchzusetzen hat.

Die deutsch-polnische Verständigung.

Aus einem Warschauer Telegramm der „Times" geht hervor, daß man polnischerseits von einer reibungslosen Übergabe des ehemaligen deutschen Landes an die polnische Regierung überzeugt ist. An maßgebender polnischer Stelle habe man das Gefühl, daß die Deutschen in den Gebieten, die abgetreten werden sollen, den ernsten Willen haben, sich loyal in die neuen Umstände zu schicken. Von polnischer Seite sei man bereit, ihnen in einem Geiste der Versöhnung und der Verständigung entgegenzukommen. Auch diejenigen Deutschen, die vor Unterzeichnung des Friedensvertrages erklärt haben, daß sie sich nie und nimmer unterwerfen wollen, haben nach der Entscheidung ihre Haltung schnell geändert und sind bereit, ehrlich auch im neuen polnischen Staate mitzuarbeiten. Allen Deutschen, die sich ruhig in die polnische Herrschaft fügen, würde weitgehender Schutz ihrer nationalen, religiösen und politischen Rechte garantiert werden. Zwischen den Volksräten der bis zum Friedensvertrag in deutschen Händen befindlichen Gebiete Posens und Westpreußens haben bereits in Posen und Warschau Verhandlungen stattgefunden, in denen beschlossen wurde, daß sie die Gebiete im Auftrage der polnischen Regierung verwalten.

*

Der Prozeß gegen den deutschen Kaiser.

Holland gegen die Auslieferung.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Gegen den Plan, den Kaiser vor ein Gericht in London zu stellen, macht sich ein scharfer Widerstand geltend. Man darf annehmen, daß Holland nicht versäumen wird, darauf hinzuweisen, wie der Schutz der kleinen Nationen durch diese Verletzung des neutralen Asylrechtes von England gehandhabt wird. Wenn die Auslieferung des Kaisers von Holland erzwungen würde, so wäre das ebenso schlimm, wie die Verletzung der Neutralität Belgiens, die man dem Kaiser vorwirft.

Der Rotterdamer Korrespondent des „Daily News" meldet seinem Blatte, daß verschiedene Gerüchte über Amerikas wahrscheinliche Haltung in der Auslieferungsfrage die bestimmte Annahme wohlinformierter Kreise zu bestätigen scheinen, daß Amerika Holland unterstützen werde, falls es die Auslieferung des Kaisers verweigern sollte.

Prinz Heinrich von Preußen an König Georg.

Prinz Heinrich von Preußen hat an den König Georg von England das folgende Telegramm gerichtet:

Im Namen der Gerechtigkeit bitte ich Ew. Majestät, von der Auslieferung S. M. des Kaisers Wilhelm Abstand nehmen zu wollen. Ich, der ich nach Rücksprache mit Ew. Majestät in London am 26. Juli nach Deutschland zurückkehrte und bis zum Ausbruch der Mobilmachung

Neueste Nachrichten.

Der neue Reichsarbeitsminister.

Stuttgart, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Im Finanzausschuß des württembergischen Landtages wurde gestern mitgeteilt, es stehe nunmehr fest, daß der bisherige württembergische Arbeitsminister Schlicke als Reichsarbeitsminister in Berlin verbleibe.

Brockdorff-Rantzau Botschafter in Wien.

Wien, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie das Wiener Achtuhr-Abendblatt erfährt, hat Graf Brockdorff-Rantzau die ihm angebotene Stellung eines Botschafters in Wien angenommen und beabsichtigt, Ende Juli seinen neuen Posten anzutreten.

Einwohnerflucht aus München.

München, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Flucht aus München hat derart zugenommen, daß die mit Umzügen überlasteten Spediteure weitere Aufträge nicht vor Jahresende übernehmen können. Es sind fast ausschließlich Wohlhabende, die München aus Furcht vor einer Wiederkehr der kommunistischen Herrschaft sowie vor den erdrückenden Gemeindeumlagen verlassen.

England ratifiziert den Friedensvertrag.

Genf, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie aus London gemeldet wird, wurde Lloyd George vom britischen Unterhause beauftragt, den Friedensvertrag zu ratifizieren, ohne ihn dem Parlament vorgelegt zu haben. Danach wird England die erste der alliierten Mächte sein, die den Friedensvertrag ratifiziert.

Aufhebung von Blockade und Zensur.

Bern, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Der Lyoner „Progreß" meldet aus Paris, der Fünferrat der Alliierten habe einen Beschluß von großer Wichtigkeit für Deutschland gefaßt durch die Bestimmung, daß die Aufhebung der Blockade automatisch auch die Aufhebung der Zensur bedeuten werde.

Drohende Streiks in England.

Hamburg, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Dem Hamburger Fremdenblatt wird aus London gemeldet: In England droht ein umfangreicher Eisenbahnerstreik. Die Direktion der großen Nordbahn und die einer schottischen Bahn haben bereits ein Ultimatum des Eisenbahnerverbandes erhalten. Auch in der Kohlenindustrie ist ein neuer ernster Streit zwischen der Föderation der Arbeiter und dem staatlichen Kohlenkontrolleur ausgebrochen. In der Baumwollindustrie ist unterdessen die Lage gespannter als je.

Zur Lage in Hannover.

Hannover, 9. Juli. Bei Schießereien in der vergangenen Nacht wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im ganzen fünf Tote und sieben Verwundete. Der kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterschaft beantragte Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt. Das Erscheinen der „Roten Fahne" und des „Völkerrechts" ist verboten worden. Drei Kommunistenführer wurden verhaftet, deren Hauptführer Gottberg entkam. Bei nächtlichen Plünderungsversuchen wurde ein Mann in Matrosenuniform getötet.

Vor der Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Sachsen.

Der Streik der Bergarbeiter im Zwickau-Lugauer Kohlenrevier hat höchst bedenkliche Folgen gezeitigt. Der Güterverkehr auf der sächsischen Staatsbahn mußte bereits eingestellt werden, mit der Einstellung des Personenverkehrs für nächsten Freitag muß leider ebenfalls gerechnet werden. Namentlich fehlt es an Lugauer Kohlen, die in der Hauptsache zum Betriebe der Lokomotiven der sächsischen Staatsbahn benützt werden.

Deutschland und die Alliierten.

Reichspräsident Ebert hat die Ratifikation des Friedensvertrages vollzogen.

Dem Beschluß der Nationalversammlung folgend, hat Mittwoch abend 8 Uhr laut „Vorwärts" der Reichspräsident die Ratifikation des Friedensvertrages vollzogen. Alsbald darauf ist die entsprechende Urkunde durch Kurier nach Versailles abgesandt worden.

Mit der Ratifikation des Friedens durch Deutschland ist der Frieden noch nicht endgültig geschlossen. Erst müssen, wie der „Vorwärts" ausführt, drei der gegnerischen Großmächte ihrerseits die Ratifikation vollzogen haben, bevor der Friedenszustand auch formell eintritt. Das mehrheitssozialistische Hauptorgan sagt noch: Dieser Frieden ist kein Frieden. Kein Mensch in Deutschland erkennt ihn innerlich an. Jederman lehnt ihn als brutale Gewalttat ab. An dem Gegner liegt es jetzt, ihn so zu verändern und so zu korrigieren, daß er in Deutschland als Frieden empfunden werden kann. Nur dann wird es zu einem Dauerfrieden kommen können.

Die Durchführung des Friedens im Osten.

Aus Versailles wird gemeldet: Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Freiherr v. Lersner, hat dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note übermittelt:

Die Ausführung des Friedensvertrages im deutschen Osten macht unmittelbar nach der Ratifikation umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbesondere würde eine unvermittelte Zurückziehung der deutschen Behörden aus den abzutretenden Gebieten unzweifelhaft große Verwirrung hervorrufen. Dies gilt vor allem für die innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Verkehrswesen. Sicherheit und Ordnung erscheinen um so schwerer gefährdet, als die nationalen Gegensätze in den in Frage kommenden Gebieten bereits jetzt zu einer starken Erregung der ganzen Bevölkerung geführt haben.

Die deutsche Regierung hält deshalb die beschleunigte Einleitung unmittelbarer Verhandlungen mit der polnischen Regierung für unerläßlich. Das Ziel dieser Verhandlungen würde sein, unter Zuziehung vor allem auch der beteiligten preußischen Ressorts eine geordnete Übergabe und Überleitung der einzelnen Verwaltungszweige sicherzustellen und die Einzelheiten über eine planmäßige Zurückziehung der preußischen Beamten festzulegen. Die Verhandlungen würden mit Rücksicht auf den Umfang der Beteiligung der preußischen Dienststellen und die notwendigen sachlichen Unterlagen am besten in Berlin stattfinden. Den polnischen Delegierten würde für diesen Fall alle erforderlichen Erleichterungen gewährt werden. Es wird um eine baldgefällige Mitteilung darüber gebeten, ob die pol-

Zur Auslieferung des Kaisers.

Rotterdam, 10. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Londoner Daily News meldet über die wahrscheinliche Haltung Amerikas in der Frage der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers: Die bestimmte Annahme wohlunterrichteter holländischer Kreise scheint sich zu bestätigen, daß Amerika Holland unterstützen wird, falls es die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers verweigern sollte. Laut Preßebüro Radio meldet New York Herald, daß in Deutschland wieder ein neuer Nationalismus aufflamme und daß die Alliierten dadurch, daß sie auf der Auslieferung des Kaisers bestehen, nur Öl in das Feuer gießen. — Dasselbe Blatt meldet aus Paris: Die Franzosen fürchten, daß bei einer in London stattfindenden Gerichtsverhandlung gegen den deutschen Kaiser ein Einfluß der englischen Dynastie, die mit den Hohenzollern nahe verwandt sei, mildernd auf das Urteil wirken werde.

Italiens verzweifelte Finanzlage.

Lugano, 10. Juli. (T. K.) Aus den Kommentaren der italienischen Presse über die wirtschaftliche Lage des Landes geht hervor, daß die italienischen Finanzen vollkommen zerrüttet sind. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß eine Vermögensabgabe unter keinen Umständen zu umgehen ist. Diese Vermögensabgabe, die nach den Ideen des bekannten italienischen Volkswirtschaftlers Luzzatti durchgeführt werden soll, wird im Parlament so schnell als möglich vorgelegt werden. Die italienischen Handels- und Finanzkreise drängen auf eine schleunige Sanierung der italienischen Finanzen, da die Aussichten Italiens auf Unterstützung bei seinen Alliierten sehr gering sind. Das mangelnde Entgegenkommen seiner bisherigen Verbündeten hat seinen Grund in der Hauptsache in der Hartnäckigkeit, mit der Italien auf seinen territorialen Forderungen besteht. So haben die französischen Finanzleute als Protest gegen die italienisch-französischen Zusammenstöße in Fiume den finanziellen Boykott Italiens beschlossen.

Vierzig amerikanische Warendampfer für Europa.

Amsterdam, 10. Juli. (T. K.) Nach einer Washingtoner Meldung liegen über 40 amerikanische Dampfer zur Abfahrt nach Europa im Hafen von New York bereit und warten einzig und allein die Aufhebung der Blockade ab. Die Dampfer sind mit den verschiedensten amerikanischen Erzeugnissen beladen, sowie bereits zu 30 Prozent bezahlt. Das Risiko für den Rest ist von mehreren amerikanischen Großbanken übernommen worden. Verschiedene amerikanische Dampfer sind bereits Ende der letzten Woche nach Kopenhagen in See gegangen, werden aber wahrscheinlich durch Funkspruch nach Hamburg und Danzig beordert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190711-18/fragment/page=0007